

rundschreiben
02/24



medico international



Europa als Pro- vinz

Völkermord in Namibia: Deutsche Amnesie /
Europas langer Weg nach rechts / Gesundheit
unter Beschuss / Flutkatastrophen weltweit

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 02/24

4 Editorial

DER LEITARTIKEL

- 6 **Der lange Weg nach rechts**
Europäische Migrationspolitik
befördert Rechtsruck



10 KOLONIAL OHNE ENDE

- 12 **Alles wieder gut?**
Deutsche Verbrechen in Namibia:
Erinnerungspolitik voller Lücken

- 16 **Haitianische Dystopie**
Ein Land am Abgrund

- 22 **Bin ich ein Berliner?**
Die Politik der Staatsraison
trifft die arabische
Exil-Community

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantw.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Ramona Lenz, Christian Sälzer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektorat: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

Mai 2024

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

- 26 **Projekte/Projektionen**
Guatemala, Ukraine, Südafrika

- 42 **Grüner wird's nicht**
Reportage: Umweltzerstörung und
Widerstand in Indonesien
- 48 **Ungleich unter Wasser**
Überschwemmungen in Kenia
treffen die Ärmsten



- 28 **SCHUTZLOS**
- 30 **Zielscheibe Gesundheit**
Militärische Angriffe auf
Gesundheitseinrichtungen werden
zur Normalität
- 34 **Im Schatten des Krieges**
Folter und unmenschliche
Haftbedingungen in Israel
- 38 **Jagd auf Geflüchtete**
Entrechtung und Gewalt im
türkisch-iranischen Grenzgebiet
- 41 **Mission Accomplished**
Kommentar: Westliches Versagen
in Afghanistan

DAS INTERVIEW

- 52 **Wer dort war, ist entsetzt**
Die Westbank und wir: Gespräch
mit Nathan Thrall, Pulitzer-
Preisträger 2024
- 58 **medico aktiv**
Bericht zu EU-Asylpolitik,
Veranstaltung zu Sri Lanka,
Solardarity für Rojava
- 60 **Spenden & Stiften**
...und Bestellen & Verbreiten
- 62 **„Nie wieder Auschwitz“**
Letzte Seite: das medico-
rundschriften vor 25 Jahren

Die Idee einer „Provinzialisierung Europas“ hat sich in den letzten Jahren tatsächlich verwirklicht – allerdings nicht als das Werk emanzipatorischer Kräfte.

Liebe Leser:innen,

bald ist Europawahl. Leider, muss man wohl sagen. Denn Wahlen bereiten dieser Tage eher Angst und Sorge. Was soll aus diesem Europa nur werden?

Es gab mal eine Idee, die einen anderen Weg wies als den nach rechts. Der indische Historiker Dipesh Chakrabarty forderte vor mittlerweile 25 Jahren in seiner weltweit beachteten Aufsatzsammlung „Provincialising Europe“, dass Europa „provinzialisiert“ werden müsse. Der Kontinent sollte aus dem Zentrum der Welt gerückt werden, in dem er sich auch nach Ende des Kolonialismus weiterhin verortete. Denn die Kritik des Kolonialismus sowie die nötige Entkolonisierung bleiben machtlos, so Chakrabarty, wenn sie das Weltbild und den Horizont des europäischen Kolonialismus nicht überschreiten. Indes war sein Gedanke kein Aufruf, den mit Europa verbundenen Ideen von Aufklärung, Zivilisation und Demokratie einfach den Rücken zuzukehren. Im Gegenteil: Die „Provinzialisierung“ sollte an die Ambivalenz der europäischen Demokratie- und Emanzipationsgeschichte anknüpfen, sie aber überschreiten und universalisieren. Schließlich habe Europa Ideen hervorgebracht, die „zur Kritik an sich selbst einladen“.

Die Idee einer „Provinzialisierung Europas“ hat sich in den letzten Jahren tatsächlich verwirklicht – allerdings nicht als das Werk emanzipatorischer Kräfte. Europa hat sich vielmehr und erneut zur Provinz gemacht, indem es sich allen Versuchen seiner Demokratisierung widersetzt hat. Im Wiedererstarken von Wagenburgmentalität, Nationalismus und Militarismus ist Europa nun einem dramatischen und gefährlichen Rechtsruck ausgesetzt, der unsere Welt enger, kleiner und eben provinzieller macht. Dieser Rollback, und das ist kein Zufall, begann wesentlich damit, dass Grenzen

geschlossen und schließlich militarisiert wurden. Wie dieser lange Weg nach rechts mit der Migrationspolitik verschränkt ist, lesen Sie im Leitartikel von Ramona Lenz.

medico international hat auch wegen dieser erneuten Abriegelung, die zugleich eine Ignoranz gegenüber der Kolonialgeschichte ist, gemeinsam mit der Rechercheagentur Forensic Architecture neue Kooperationen in Namibia begonnen, dem Land des ersten von Deutschland verantworteten Genozids des 20. Jahrhunderts. Die beiden Geschäftsführer Tsafirir Cohen und Eyal Weizman bereisten das Land im vergangenen Jahr gemeinsam und stellen in ihrem Artikel Überlegungen zu historischer Gerechtigkeit und einer selbstgerechten deutschen Erinnerungskultur an.

Der Gartenzwerg auf unserem Titel ist natürlich als europapolitisches Symbol doppeldeutig, steht er doch typischerweise in deutschen Vorgärten. In Sachen Provinzialisierung ist das Tempo hierzulande jedenfalls rekordverdächtig. Von „Betätigungsverboten“ für schottische Hochschulrektoren und europäische Politiker haben Sie sicher gehört. Auch medico sprang kürzlich für eine kurzfristig abgesagte Lesung mit der Bereitstellung unserer Veranstaltungsräume ein. Einen Tag vor der geplanten Veranstaltung erhielt der eingeladene Autor Nathan Thrall den renommierten Pulitzer-Preis – eine skurrile Wendung. Das Interview zu seinem Roman über die Westbank lesen Sie wie gewohnt am Ende des Heftes.

In den letzten Monaten gab es in gleich mehreren unserer Projektregionen Hochwasser. Kenia, Afghanistan, Indonesien, Brasilien: So wenig die Katastrophen in einem direkten Zusammenhang stehen, so wenig zufällig ist die Häufung von Extremwetterereignissen in Zeiten der Klimakrise. Wanjira Wanjiru vom Mathare Social Justice Centre in Nairobi berichtet beispielhaft über eine Katastrophe, die wieder einmal die Ärmsten besonders hart trifft.

Die Provinzialisierung Europas in einem besseren Sinne, als Ausweitung des Rechts aller auf ein Leben in Würde, Freiheit und mit Rechten, bleibt in diesen trüben Zeiten und allen düsteren Prognosen zum Trotz das Leitbild medicos. Dabei brauchen wir mehr denn je Ihre Unterstützung. Mit einer Fördermitgliedschaft helfen Sie uns, die Unabhängigkeit von medico zu stärken und unsere Partner langfristig zu fördern. Nutzen Sie gerne die beiliegende Karte, um medico-Fördermitglied zu werden. Oder reichen Sie sie an Freunde weiter, wenn Sie selbst schon dabei sind.

Für Ihre Unterstützung möchte ich mich an dieser Stelle bedanken und wünsche Ihnen eine trotz allem schöne Lektüre.

Mario Neumann



Mario Neumann
ist seit Anfang 2023
verantwortlicher
Redakteur des
medico-rundschreibens.

Der
lange
Weg
nach
rechts



Der Grundstein des Rechtsrucks in Europa wurde in der Migrationspolitik gelegt. Der Leitartikel

Von Ramona Lenz

Wenn Anfang Juni in der EU gewählt wird, ist ein weiterer enormer Rechtsruck zu erwarten und damit die Gefährdung des europäischen Projektes selbst. Eines Projektes, dessen Erfolg gern und häufig daran gemessen wird, den Frieden in Europa über Jahrzehnte gesichert zu haben. Um Europa auch in Zukunft „vor globalen Bedrohungen“ zu schützen, forderte Frankreichs Präsident Macron unter Zustimmung von Bundeskanzler Scholz erst kürzlich den Aufbau „einer europäischen Verteidigungsinitiative“, ohne die „unser heutiges Europa“ sterben könne. Bei den immer lauter werdenden Forderungen nach Aufrüstung und Militarisierung bleibt die Frage offen: Wie steht es eigentlich um die Verteidigungsfähigkeit Europas gegenüber seinen inneren Feind:innen, den rechtsextremen und nationalistischen Kräften, die nicht zuletzt zur Europawahl antreten, um „unser heutiges Europa“ abzuschaffen?

Rechten Kräften ist es in den letzten Jahren und Jahrzehnten gelungen, das Thema Migration auf eine Weise zu thematisieren, dass die Europäische Union daran zu zerbrechen droht. Inzwischen gehören das Leiden und Sterben an Europas Grenzen zur Normalität. Brutale Pushbacks an Land und auf See haben nicht nur Gewöhnungseffekte erzeugt, es wird auch immer schwerer, gegen solche Menschenrechtsverstöße vorzugehen. Flüchtlinge und ihre Unterstützer:innen werden systematisch kriminalisiert. Vor kurzem wurde die seit vielen

Jahren vorbereitete Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) von der Mehrheit der Fraktionen im Europaparlament beschlossen. Diese Reform stellt eine Zäsur in der Geschichte des europäischen Asylrechts dar. Was im Fall von Elendslagern wie dem bei Moria auf Lesbos noch für Empörung gesorgt hat, erhält nun einen rechtlichen Rahmen: Der individuelle Rechtsanspruch auf Asyl wird weitgehend abgebaut. Wer über einen „sicheren Drittstaat“ einreist, darf nicht mehr auf ein faires Asylverfahren hoffen, sondern kann in Schnellverfahren an der Grenze abgewiesen werden. Während des gesamten Verfahrens, das Monate dauern kann, können Schutzsuchende unter haftähnlichen Bedingungen festgesetzt werden. Eine Ausnahme für Familien mit Kindern gibt es nicht. Und im Fall von „Krisen“ sind zusätzliche Verschärfungen möglich.

Die EU setzt außerdem seit vielen Jahren auf Rückübernahmeabkommen mit Ländern außerhalb Europas, unabhängig davon, wie es um deren rechtsstaatliche Verfasstheit geht und was Flüchtlinge dort erwartet. Nach Ägypten und Tunesien ist derzeit der Libanon im Fokus von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die zugleich Spitzenkandidatin der nach rechts offenen Europäischen Volkspartei für die Europawahl im Juni ist. Selbst das Bürgerkriegsland Syrien könnte bald als sicher genug für Rückführungen erachtet wer-

den. Solche Deals müssen lukrativ sein, damit die Verhandlungspartner:innen – häufig autoritäre Regierungen oder zerrüttete Staaten – sich darauf einlassen. So soll Ägypten unter dem Gewaltherrscher Abdel Fatah al-Sisi laut Ankündigung von der Leyens in den nächsten Jahren 7,4 Milliarden Euro erhalten. Die Zahlungen dürften vor allem al-Sisis Machterhalt nutzen. Wie es Flüchtlingen tatsächlich ergeht, interessiert die EU nicht. Sie lagert die mit der Schließung ihrer Außengrenzen verbundenen Menschenrechtsverletzungen aus und macht sich zunehmend erpressbar.

Fortschreitende Desintegration

Was im Rahmen der GEAS-Reform euphemistisch Solidaritätsmechanismus genannt wird und was im Rahmen von Rückübernahmeabkommen vorangetrieben wird, beschreibt das Gegenteil von Solidarität. Nicht nur weil damit die komplette Entsolidarisierung mit Menschen auf der Flucht einhergeht. Dieser Mechanismus ist zugleich Ausdruck des fortschreitenden Desintegrationsprozesses der EU, in dem einzelne Staaten sich einer gemeinsamen europäischen Verantwortung entziehen und nationalstaatliche Interessen in den Vordergrund stellen. Die EU hat mehr und mehr den rechten Kräften nachgegeben und damit fatale Fehler gemacht, die ihr nun das Fundament entziehen.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die EU in kolonialer Manier von Beginn an auf die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit im Inneren durch Gewalt und Verwüstung jenseits ihrer Grenzen setzte. Wenn die EU-Institutionen am „Europatag“ „Frieden und Einheit in Europa“ feiern, beziehen sie sich auf den 9. Mai 1950. Damals beschlossen Deutschland und Frankreich in der Schuman-Erklärung, ihre Kohle- und Stahlproduktion gemeinsam zu verwalten, um einen weiteren Krieg „nicht

nur undenkbar, sondern materiell unmöglich zu machen“, so der damalige französische Außenminister Robert Schuman. Dies führte zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), einer Vorläuferin der heutigen EU. Dass Frankreich zu diesem Zeitpunkt unter Beteiligung zigtausender deutscher Fremdenlegionäre in Indochina einen blutigen Kolonialkrieg führte, in dem Hunderttausende Menschen getötet wurden, spielt bis heute keine Rolle. Ebenso wenig das auch in der Schumann-Erklärung formulierte Ziel der „Entwicklung des afrikanischen Kontinents“, was nichts anderes bedeutete, als die fortgesetzte Ausbeutung von Menschen und Ressourcen in Afrika.

Immer deutlicher zeigt sich, dass die Externalisierung von Gewalt und Unrecht nicht ohne Schaden für Demokratie und Frieden im Inneren Europas bleiben kann. Was die EU an Menschenrechtsverletzungen an ihren mittlerweile vorverlagerten Außengrenzen zulässt, wird zunehmend von autoritären Entwicklungen im Inneren begleitet. Die angebliche Notwendigkeit der strengeren Regulierung von Flucht und Migration ist zu einem Instrument geworden, mit dem härteres Durchgreifen und totalitäres Regieren generell legitimiert werden. Oder wie Bernd Kasperek vom Rat für Migration es formuliert: „Den Rechten geht es nicht nur um Migration, sie wollen einen autoritären Umbau Europas.“

Autoritärer Umbau

Dieser Umbau ist längst in vollem Gange. Im kürzlich veröffentlichten State of Civil Society Report von CIVICUS für das Jahr 2023 wurde Deutschland in der Demokratie-Bewertung von „open“ to „narrowed“ herabgestuft, wobei sich der Bericht vor allem auf Repressionen gegen Klimaaktivist:innen bezieht. Darüber hinaus

sieht er in der weltweiten Unterdrückung der Proteste gegen das Blutvergießen in Gaza mittels Antisemitismus- oder Terrorismusvorwürfen eine große Gefahr für die Demokratie. Nach dem Recht auf Asyl droht nun das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Europa erheblich Schaden zu nehmen. Die neue Normalität scheint eine der Redeverbote und

Was die EU an Menschenrechtsverletzungen an ihren mittlerweile vorverlagerten Außengrenzen zulässt, wird zunehmend von autoritären Entwicklungen im Inneren begleitet.

Veranstaltungsabsagen für linke und demokratische Kräfte zu werden. Das müsste nicht so sein. Es gab in den letzten zehn Jahren bedeutende Bewegungen und Ereignisse, an denen Europa hätte wachsen und sich entwickeln können. Sei es die Solidaritätsbewegung mit Geflüchteten nach 2015, die Klimaproteste vorwiegend junger Leute oder die Demonstrationen gegen die Sparpolitik der EU. Statt diese Bewegungen als Chance für die Demokratisierung der Europäischen Union und für eine zukunftsfähige Umsetzung des Friedensprojektes Europa zu sehen, hat man sie diffamiert und zurückgedrängt. Dabei bräuchte man sie jetzt so dringend, um den Durchmarsch der Rechten zu verhindern.

Die Demonstrationen in Deutschland infolge der Correctiv-Recherchen Anfang des Jahres sind schnell wieder abgeflaut. Sie haben zwar gezeigt, dass große Teile der Bevölkerung nicht bereit sind, autoritäre Entwicklungen einfach

hinzunehmen. Nachhaltig Grund zur Hoffnung geben jedoch vor allem diejenigen, die trotz zunehmender Repressionen unbeirrbar gegen die Zerstörung des Klimas und für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant:innen eintreten, sowie die Millionen von Menschen, die seit Beginn der israelischen Offensive infolge des Hamas-Massakers am 7. Oktober weltweit für Frieden in Gaza und für alle Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan auf die Straße gehen. Die Repressionen, denen dabei auch die vielen ausgesetzt sind, die sich deutlich gegen Antisemitismus und Hamas-Terror positionieren, haben von Israel über Deutschland bis in die USA dramatische Dimensionen angenommen. Längst treten die Protestierenden daher nicht mehr „nur“ für ein Ende des Gaza-Krieges ein, sondern zugleich für das in vielen demokratisch verfassten Gesellschaften zunehmend bedrohte Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Auch in zahlreichen europäischen Städten kam und kommt es trotz Repressionen zu Protesten gegen Krieg, Umweltzerstörung und Ausgrenzung, getragen vor allem von jungen Leuten. Wenn ein menschenrechtsbasiertes und lebenswertes Europa gerade irgendwo verteidigt wird, dann hier.

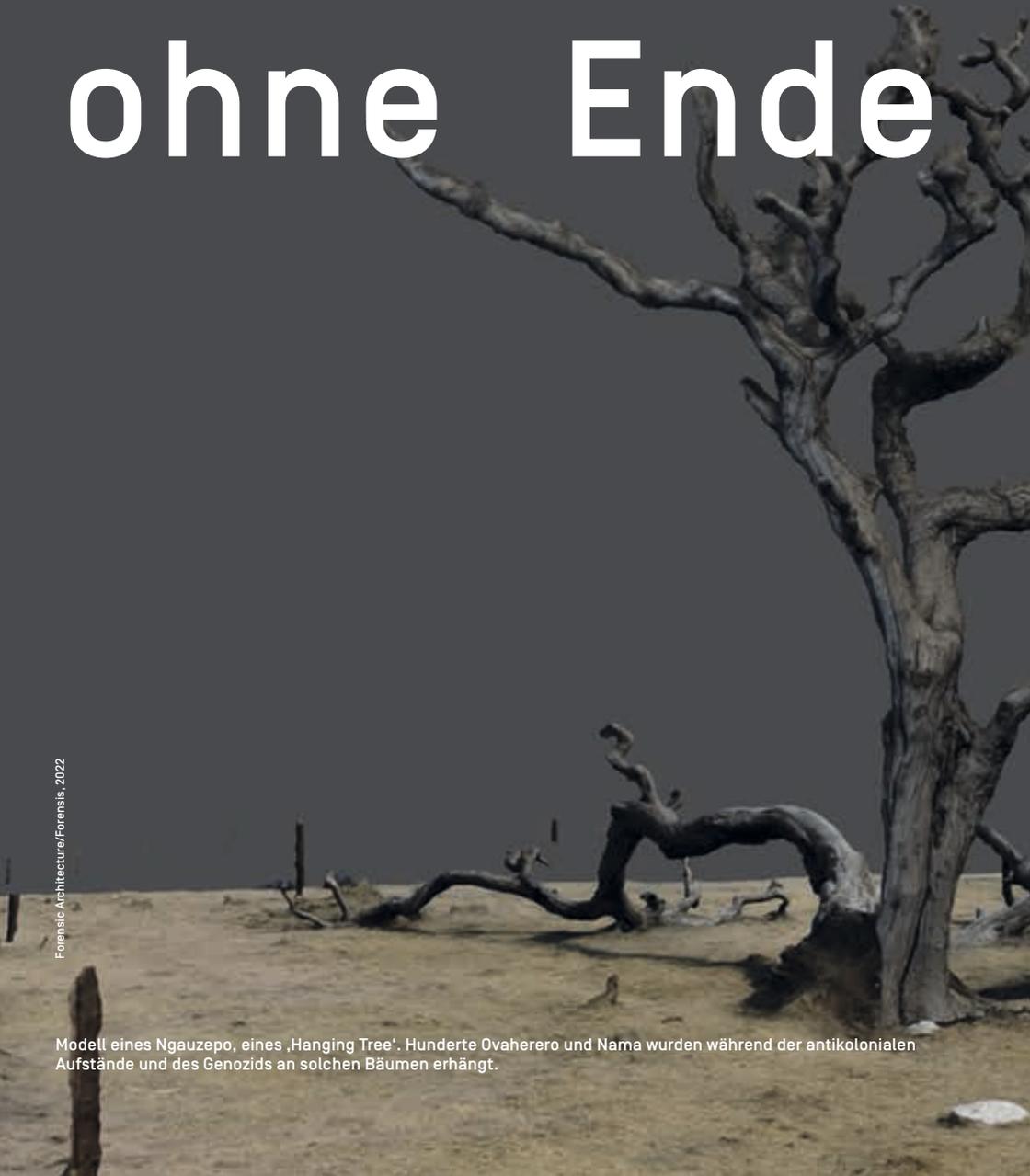


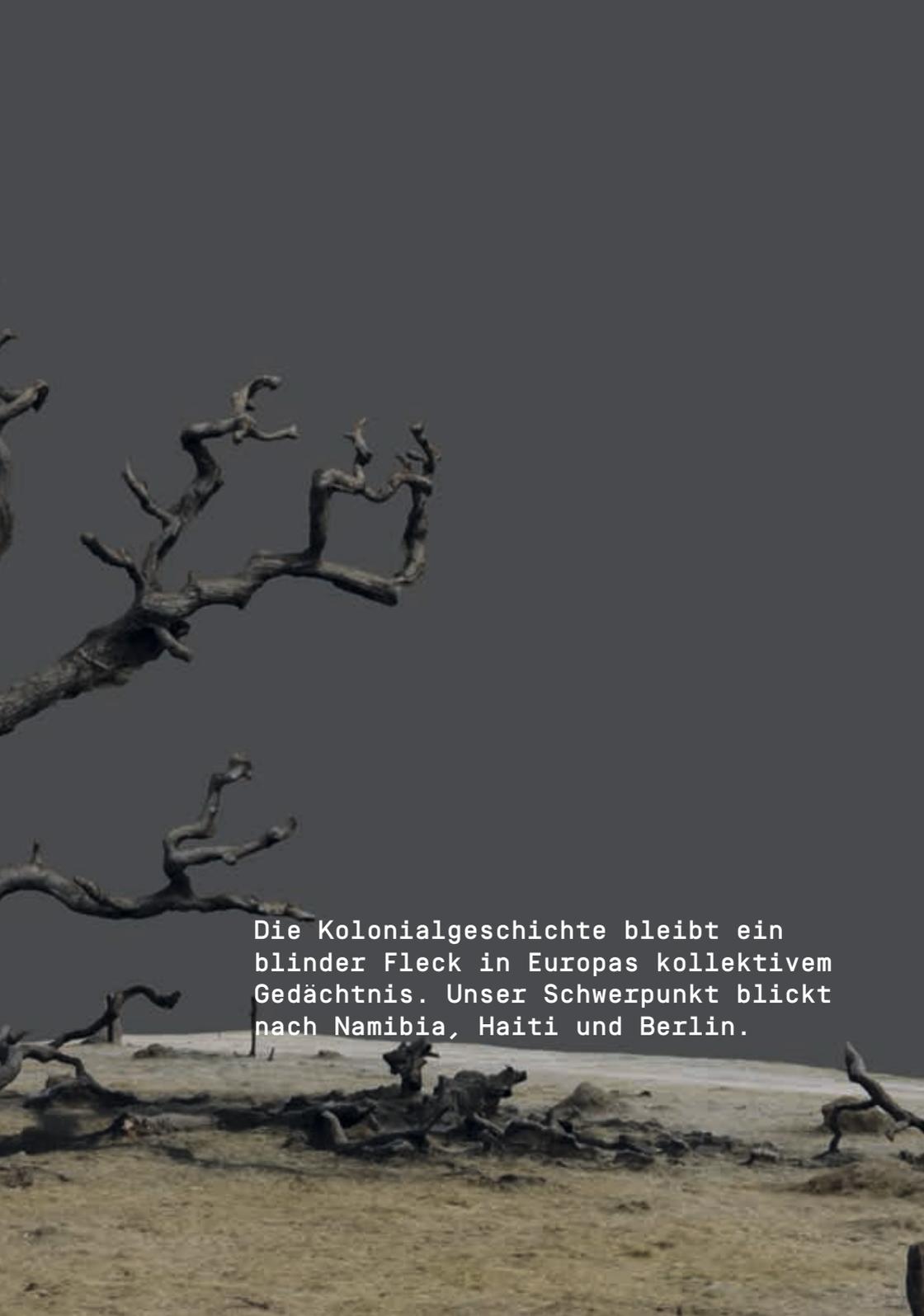
Ramona Lenz, lange bei medico als Referentin für Flucht und Migration tätig, ist Sprecherin der medico-Stiftung. Diesen Text hat sie während eines Aufenthalts in Jaffa verfasst.

Kolonial ohne Ende

Forensic Architecture/Forensis, 2022

Modell eines Ngauzepe, eines ‚Hanging Tree‘. Hunderte Ovaherero und Nama wurden während der antikolonialen Aufstände und des Genozids an solchen Bäumen erhängt.



A desolate landscape featuring bleached, gnarled driftwood scattered across a sandy beach. The sky is a uniform, dark grey, creating a somber and atmospheric setting. The driftwood is the primary focus, with several large, intricate pieces in the foreground and middle ground, their forms twisted and weathered. The ground is a mix of light-colored sand and darker, damp patches.

Die Kolonialgeschichte bleibt ein blinder Fleck in Europas kollektivem Gedächtnis. Unser Schwerpunkt blickt nach Namibia, Haiti und Berlin.

Alles wieder gut?

Die deutsche Erinnerungspolitik erteilt sich Bestnoten. In Namibia zeigt sich, wie lückenhaft sie tatsächlich ist

Von Tsafir Cohen und Eyal Weizman

Das historische Gedächtnis Europas und die ihm zugehörige Erinnerungskultur zeichnen sich durch das Ausbleiben historischer Gerechtigkeit für die erlittene Ausgrenzung und Unterdrückung aus, die mit dem Anbruch der Moderne begann und noch heute das Schicksal vieler Millionen Menschen prägt. Im Zentrum dieser Geschichte steht das Verbrechen des Kolonialismus, unter dem die Länder und Regionen des Globalen Südens leben und leiden – unter seinem langen Schatten ebenso wie unter seiner Aktualität.

Kaum ein Land symbolisiert das in der deutschen Debatte besser als Namibia. „Wiedergutmachung“ im Wortsinn ist unmöglich, sehr wohl aber steht ein ernsthafter Versuch aus, ein durch die Gewalt des Kolonialismus gestörtes Verhältnis zu reparieren. Bei allem überschwänglichen Nationalstolz auf die eigene Erinnerungskultur ist die Geschichte des deutschen Kolonialismus in der zeitgenössischen deutschen Historiografie eine Randnotiz. Nicht einmal ein rudimentäres Grundwissen über den ersten deutschen Völkermord kann als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Dabei begehen wir in diesem Jahr den 120. Jahrestag der Ereignisse, die den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts auslösten. Er traf die Völker der Ovaherero und Nama in ei-

nem Gebiet, das Deutschland als „Südwestafrika“ – das heutige Namibia – kolonisiert hatte. Im Rahmen des europäischen „Wettlaufs um Afrika“ errichtete das Kaiserreich Kolonien, die das heutige Togo, Kamerun, Tansania, Ruanda, Burundi und Namibia umfassten.

Der erste Genozid des 20. Jahrhunderts

Die Region im Südwesten des Kontinents galt als Inbegriff dessen, was der deutsche Geograf Friedrich Ratzel 1897 als „Lebensraum“ bezeichnete: ein Raum, der gemäß der sozialdarwinistischen Ideologie des „survival of the fittest“ beansprucht wurde, um das eigene Volk zu erhalten. Damit die deutsche Besiedlung möglich wurde, mussten die einheimischen Völker aus dem Weg geräumt werden. Zunächst erfolgte die Landnahme stückweise durch erzwungene Schutz- und Kaufverträge, Drohungen, Bestechungen und Massaker. Allmählich entstand Südwestafrika als ein Geflecht von Farmen, Missionsstationen, Mineral- und Diamantenminen sowie Militärfestungen. Für Ratzel war es ein Ort, an dem die „deutsche Rasse“ ihren Charakter festigen sollte, während die ansässige Bevölkerung als „Untermenschen“ betrachtet wurden, die nach Belieben ausgebeutet, vertrieben oder ausgerottet werden konnten.

Am 12. Januar 1904 kam es zu einem Aufstand der Ovaherero unter der Führung von Samuel Maharero. Mehr als hundert Soldaten und Siedler, zumeist Bauern und Missionare, wurden in den folgenden Tagen getötet. Die sogenannte kaiserliche „Schutztruppe“ musste sich zurückziehen. Gedemütigt begann Deutschland, Vergeltung für diese Akte antikononialen Widerstands zu planen. Im Juni 1904 traf General Lothar von Trotha, ein Kolonialoffizier, der sich durch seine Mitwirkung bei der brutalen Niederschlagung des Boxeraufstands in China einen Namen gemacht hatte, in Südwestafrika ein. Er schwor, „die aufständischen Stämme in Strömen von Blut“ zu vernichten. Im August 1904 suchten schätzungsweise dreißigtausend Ovaherero Zuflucht am Fuße des Bergplateaus von Waterberg. Die Schutztruppe schnitt ihnen den Fluchtweg nach Westen ab und zwang Männer, Frauen und Kinder so in die Kalahari-Wüste, wo sie gejagt und erschossen wurden. Am 2. Oktober erließ Trotha vor seinen Truppen den berühmten Vernichtungsbefehl: „Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück, oder lasse auf sie schießen.“ So kam es. In den folgenden Monaten wurden viele Ovaherero erschossen, andere starben, nachdem sie von deutschen Truppen vergiftetes Wasser aus Brunnen getrunken hatten. Und eine große Zahl verdurstete und verhungerte in der Wüste, in die sie getrieben worden waren.

Die traditionellen Führer der Nama und Ovaherero datieren den Beginn des Völkermords nicht auf den Angriff in Waterberg, sondern auf einen wenig bekannten Überfall elf Jahre zuvor. Am 12. April 1893 griff ein Kontingent der Schutztruppe die Nama-Siedlung Nâḡgâs – auf Deutsch Hornkranz – an. Es war der Sitz von „Captain“ Hendrik Witbooi vom Witbooi-Nama-Volk, der alle deutschen „Schutzangebote“ abgelehnt

und sich in den Augen der deutschen Kolonisten damit der Rebellion schuldig gemacht hatte. Die Deutschen kamen zu dem Schluss, dass die einzige Möglichkeit, den „rebellischen Eingeborenen“ Einhalt zu gebieten, darin bestand, sie auszurotten. Also zerstörten sie die Siedlung und ermordeten Frauen, Kinder und alte Menschen. In den folgenden Jahren leisteten die Nama-Stämme unter der Führung von Witbooi und Jacobus Morenga weiter Widerstand gegen die deutsche Herrschaft, und am 22. April 1905 erließ Trotha den zweiten Vernichtungsbefehl, diesmal gegen die Nama.

Die überlebenden Nama und Ovaherero wurden in Konzentrationslager geschickt, wo sie als Sklavenarbeiter:innen für den Bau von Straßen, Eisenbahnen, Farmen und Verwaltungsposten der Kolonie eingesetzt wurden. Mehr als die Hälfte der Gefangenen starb binnen eines Jahres. Das wohl tödlichste Lager befand sich auf Shark Island, einer windigen und exponierten Halbinsel in der Nähe der südatlantischen Hafenstadt Lüderitz. Die Gefangenen waren dort eisiger Kälte schutzlos ausgeliefert, wurden ausgehungert, geschlagen, vergewaltigt und hingerichtet. Frauen wurden gezwungen, die von Leichen abgetrennten Köpfe – teils ihrer eigenen Verwandten – abzukochen und das Fleisch mit Glasscherben abzukratzen. Die Schädel wurden für rassistische Forschungen an Universitäten und in anthropologische Sammlungen nach Deutschland geschickt, wo die meisten heute noch lagern.

Unabgeholten

Bis zum Ende des deutschen Feldzugs im Jahr 1908 waren über 65.000 Ovaherero, mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, und 10.000 Nama getötet worden. Jahrzehntelang wurde über diese genozidalen Verbrechen geschwiegen. Es ist dem jahrelangen Kampf namibischer und

deutscher zivilgesellschaftlicher Gruppen zu verdanken, dass mehr und mehr Licht auf diesen blinden Fleck deutscher Geschichte fällt. 2015 erklärte sich die deutsche Regierung bereit, ihre „moralische Verantwortung für die Kolonialisierung Namibias“ anzuerkennen und sich „für die historischen Entwicklungen, die zwischen 1904 und 1908 zu völkermörderischen Zuständen geführt haben“, zu entschuldigen. Die Worte waren wohl gewählt. Eine moralische Verantwortung ist keine juristische Verantwortung und völkermörderische Zustände sind kein Völkermord. Die Ereignisse von 1904 bis 1908, so die Argumentation, könnten nur aus heutiger Sicht als Genozid angesehen werden. Sie stütze sich auf eine juristische Spitzfindigkeit, die in Fällen von Völkermord und Sklaverei seit langem infrage gestellt wird: den Grundsatz, dass eine Rechtsfrage auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Tat geltenden Gesetze beurteilt werden muss. Deutschland argumentierte also,

dass die UN-Völkermordkonvention erst 1948 in Kraft getreten sei und daher nicht auf den Völkermord in Südwestafrika angewendet werden könne, der vorher stattgefunden hatte. Ein ähnliches Argument wurde von Eichmann bei seinem Prozess in Jerusalem vorgebracht: Da Hitlers Befehle im Dritten Reich „Gesetzeskraft“ besaßen, habe er nach den damaligen Gesetzen gehandelt.

Rehabilitation und Reparation

Noch ungeheuerlicher ist eine andere juristische Volte: Laut der Haager Konvention von 1889 galt die Massentötung von Zivilist:innen im Rahmen eines Krieges als illegal – also auch Anfang des 20. Jahrhunderts. Da sich das Völkerrecht jedoch auf Kriege zwischen „zivilisierten Völkern“ beziehe, falle koloniale Gewalt gegen eine indigene Bevölkerung nicht unter

Foto: medico



Während der Gedenkfeiern für die Opfer des Genozids auf Shark Island.

diesen Tatbestand. Deutschland argumentierte also, dass die in Südwestafrika begangenen Verbrechen nicht nach modernen Rechtsstandards, sondern nach den rassistischen Gesetzen der Kolonialzeit beurteilt werden müssten.

Die Strategie der Bundesregierung, einen „historischen Völkermord“ nicht abzustreiten, sehr wohl aber dessen Justiziabilität, hat Methode. Denn damit entledigt sich Deutschland auch jeglicher Verpflichtung zur Zahlung von Reparationen oder zur Erleichterung der Wiedergutmachung. Als Zeichen des guten Willens kündigte Berlin stattdessen ein Abkommen an, über einen Zeitraum von dreißig Jahren 1,1 Milliarden Euro Entwicklungshilfe zu leisten. Dies hielten die deutsche und die namibische Regierung 2021 in einer Gemeinsamen Erklärung fest. Entwicklung also, das alte Zauberwort und Versprechen des Westens. Einst waren die Ovaheero und Nama reich an Land, Vieh und Kultur gewesen. Die Kolonialisierung hat diesen Wohlstand ruiniert und „Entwicklungsbedarf“ erzeugt. medico-Partnerin Sima Luipert von der Nama Traditional Leaders Association (NTLA) drückt es so aus: „Entwicklung ist die größte Lüge des Nordens. Es ist die vermeintliche Großzügigkeit einer Zivilisation, die auf unserer Unterdrückung beruht.“ Einige Gemeinschaften antworteten auf das deutsche Angebot mit der Forderung, Deutschland solle ihre einstigen Ländereien von den Nachkommen deutscher Siedler kaufen und sie zurückgeben.

Unabgegolten sind die Genozide in Südwestafrika auch in der sich selbst immer wieder zelebrierenden und andere belehrenden deutschen Gedenkkultur. Tatsächlich liegt immer noch ein Mantel des Schweigens und Vergessens über eben dieser Geschichte. Sie wurde weder hinreichend erforscht noch wird sie umfassend gelehrt oder auch erzählt. Ob in Wissenschaft, Kunst oder Politik: Die Verbrechen in Südwestafrika sind weit weg und lange her.

Auch in Namibia selbst sind die Genozide längst nicht aufgearbeitet. Das angestammte Land der Opfer blieb nicht nur während der südafrikanischen Apartheidherrschaft im Besitz deutscher Siedler, darunter ehemalige Offiziere, die am Völkermord beteiligt waren. Auch 34 Jahre nach der Unabhängigkeit besitzen rund 4.500 Europäer:innen 70 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen. In der Geschichtsschreibung der SWAPO-geführten Regierung steht der eigene Kampf gegen die Apartheid überdeutlich im Vordergrund; die kolonialen Verbrechen Deutschlands interessieren kaum. Dazu passt, dass die betroffenen Gebiete bis heute unter Vernachlässigung leiden. Und dazu passt auch, dass es kaum Formen oder Stätten der Erinnerung gibt. Zeugnisse der kolonialen Herrschaft von einst verfallen. So ist Shark Island ein bei Tourist:innen beliebtes Ausflugsziel mit einem staatlich betriebenen Campingplatz, das viele in völliger Unkenntnis dessen besuchen, was hier einst geschah. Sie werden aber auch durch nichts daran erinnert. Es ist eine zynische Wendung, dass die Halbinsel nun Standort eines großen deutschen Energieprojekts werden soll: Wo einst die Lager waren, soll ein Dock entstehen, über das in Namibia produzierter flüssiger Wasserstoff zu Europas energiehungriger Industrie transportiert werden soll. Mehr Greenwashing einer dunklen Geschichte geht kaum.

Die Nachkommen der Opfer des Völkermordes haben sich stets gewehrt: Sie gründeten in den ihnen zugewiesenen, beengten „Homelands“ Städte, die die Namen ihrer angestammten Heimatorte tragen, und haben ihre Forderungen nach Wiedergutmachung durch Deutschland und dem Recht auf Rückkehr auf ihr Land aufrechterhalten. Sie haben sich auch dagegen gewehrt, dass die deutsch-namibischen Verhandlungen über den Völkermord nahezu ohne die Beteiligung ihrer Vertreter geführt wurden. Ein auf die erwähnte deutsch-namibische Erklärung aufbauendes Abkommen zwi-

schen den beiden amtierenden Regierungen in Namibia und Deutschland stieß auf ihren erbit-
 terten Widerstand und wurde auch deshalb
 vom namibischen Parlament bislang nicht ge-
 billigt. Forensic Architecture und medico ar-
 beiten mit den betroffenen Gemeinden zusam-
 men, um jene Teile der eigenen Geschichte
 sichtbar und hörbar zu machen, die im kollek-
 tiven Gedächtnis wenig Platz haben. In einer
 von medico unterstützten transnationalen Ko-
 operation mit der Ovaherero Traditional Authority (OTA) und der NTLA haben Forensic Archi-
 tecture und ihre Berliner Schwestergruppe
 Forensis Archivfotos und Zeugnisse traditio-
 neller mündlicher Überlieferung in 3D-Modelle

von Orten der Gräueltaten, zerstörten Dörfern
 und Massengräbern integriert. Ihre Ergebnisse
 sind der Beginn einer Reihe digitaler Beweise
 zur Rekonstruktion des Völkermords.

Ein Weltgedächtnis

Die Anerkennung des Genozids sowie Erinne-
 rungs- und Reparationsarbeit würden nicht nur
 längst fällige historische Gerechtigkeit gegen-
 über den Nama und Ovaherero walten lassen.
 Sie könnten das Ende der deutschen Kolonia-
 lismus-Amnesie einläuten, auch in Bezug auf
 die Grausamkeiten gegenüber dem Volk der



Viele nehmen in Fantasieuniformen an den Gedenkfeierlichkeiten teil, eine Anspielung auf jene Monturen, die die Verbände der Nama und Ovaherero den deutschen Soldaten im Kampf abnahmen.

San in Namibia oder die hunderttausenden Opfer der Niederwerfung des Maji-Maji-Aufstands in Deutsch-Ostafrika (1905-1907), dem heutigen Tansania, sowie über den afrikanischen Kontinent hinaus.

Nicht weniger als ein vertieftes Verständnis und eine erweiterte Selbstreflexion deutscher Geschichte sind gefordert. Die Verquickungen und die Schuld, die sich aus den offensichtlichen Verflechtungen zwischen den Verbrechen der Shoah und dem Genozid in Namibia ergeben, sind vielfältig: Viele der Schlüsselemente des nationalsozialistischen Systems – die systematische Ausrottung von Völkern, die als rassistisch minderwertig angesehen wurden, rassistische und eugenische Theorien und Praktiken, das Konzept des Lebensraums, der Transport von Menschen in Viehtransportern zur Zwangsarbeit in Konzentrationslagern – waren ein halbes Jahrhundert vor der Shoah in Südwestafrika angewandt worden. Bereits 1951 argumentierte Hannah Arendt, dass der europäische Imperialismus eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des nationalsozialistischen Totalitarismus und der damit verbundenen Völkermorde spielte. Und Aimé Césaire bezeichnete den europäischen Faschismus als die Heimkehr kolonialer Gewalt.

Doch es geht heute mitnichten nur um die Wiedergutmachung historischer Schuld, sondern um einen Aufbruch in eine andere Zukunft. Black Lives Matter und zahlreiche andere Bewegungen weltweit tragen dazu bei, die Gewaltgeschichte des Kolonialismus ins Selbstverständnis des Westens zu integrieren – im Stadtbild, an den Universitäten, im Alltag oder in den Medien. Es mag utopisch klingen, aber das könnte konstitutiv sein für ein gleichberechtigtes „Weltgedächtnis“ (Charlotte Wiedemann), durch das wir lernen, nicht nur Geschichte von Frankfurt oder Windhoek aus gemeinsam zu interpretieren und zu erzählen,

sondern auch gemeinsam zu handeln und der Gegenwart fortwährender asymmetrischer, vom Kolonialismus nach wie vor geprägter Macht- und Herrschaftsverhältnisse entgegenzutreten. Unsere Partner von NTLA und OTA sind dazu bereit: „Wir erheben keinen Anspruch auf Singularität, sondern streben vielmehr nach globaler Gerechtigkeit, Solidarität und universeller Freiheit.“



Tsafirir Cohen [re.] ist Geschäftsführer von medico international. Eyal Weizman ist Professor am Goldsmiths Institute der University of London und Direktor von Forensic Architecture (FA). Gemeinsam bereiten die beiden im vergangenen Jahr Namibia. medico und FA kooperieren seit 2023 zur Rekonstruktion der deutschen Kolonialverbrechen und deren andauernden Auswirkungen im heutigen Namibia.

medico unterstützt derzeit die „Nama Traditional Leaders Association“ (NTLA), unter anderem bei der Ausrichtung des Genocide Memorial Walk in der Lüderitzbucht. Als Teil einer selbstorganisierten Erinnerungskultur, die die Erinnerung an den Genozid und dessen Auswirkungen wachhält, kommen hier regelmäßig Nama und Ovaherero aus verschiedenen Regionen Namibias zusammen. Dieses Jahr präsentierte dort außerdem Forensic Architecture erste Ergebnisse einer Genozid-Recherche. Auf einer weiteren Zusammenkunft wurde ein Austausch über das deutsch-namibische Wasserstoffvorhaben organisiert.

Spendenstichwort: medico international

Haitianische Dystopie

Haiti war einst die Verheißung einer anderen Moderne. Nun treibt die Welt das Land weiter in den Abgrund

Von Katja Maurer

Wenn es ein Land gibt, das paradigmatisch die Möglichkeit einer anderen Moderne verkörpert, ist das Haiti. Die haitianischen Sklavenaufstände, die zeitgleich mit der französischen Revolution in der wichtigsten Kolonie Frankreichs stattfanden, wurden durch diese inspiriert und erweiterten sie im gleichen Zug. Wenn „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der Slogan der Moderne ist, so ist der Zusatz „für alle“ die radikale Erweiterung, die die haitianische Revolution ihr hinzufügte. Der „radikale Universalismus“, den der israelische Philosoph Omri Boehm heute als Grundlage allen politischen Handelns und theoretischen Denkens vorschlägt, ist historisch gegründet in der abolitionistischen, also radikal-antirassistischen Anti-Sklaverei-Bewegung, die immer auch eine Möglichkeit der Moderne war.

Wie eng dieser Kampf mit den Ideen der Aufklärung verknüpft war und sie zugleich in ihren rassistischen Praktiken offenlegte, erzählt Sudhir Hazareesinghs Biografie „Black Spartacus“ über Toussaint Louverture. Der haitianische Revolutionsführer gehört in den Pantheon der Aufklärung. Die viele Hundert Seiten lange Biografie stützt sich wesentlich auf in französischen Archiven vorhandene Briefwechsel zwischen französischen Gremien der Republik und Louverture, der als Anführer des Sklavenaufstands,

dann als Heerführer der größten Armee in Haiti an der Seite Frankreichs und schließlich als Gouverneur, wo er eine antirassistische Verfassung erarbeitete, lange darum kämpfte, Haiti zu einem voll gleichberechtigten Teil Frankreichs in einer Art Konföderation zu machen. Er wurde letztendlich von Napoleon festgenommen und starb in einem französischen Kerker. In dieser Geschichte spiegelt sich die komplexe Verwobenheit von Aufklärung und Antirassismus wider. Die Aufklärung kann nur gegen den Strich des ihr inhärenten Rassismus gelesen eine Welt gleicher Rechte für alle begründen.

Eine verleugnete Moderne

Haiti, diese halbe Karibikinsel mit ihren abgeholzten Berghängen, ihrer dystopischen Staatlichkeit, mit bewaffneten Männern, denen kein Mord zu grausam ist, und einer Elite, die sich alles unter den Nagel reißt, was nicht niet- und nagelfest ist, und die eigene Bevölkerung verachtet – soll als Beispiel für den Universalismus der Emanzipation dienen? Der westliche Umgang mit der haitianischen Revolution und der aus ihr folgenden Unabhängigkeit von 1804, die die haitianische Regierung nur um den Preis der Schuldenknechtschaft durchsetzen konnte, war und ist bis heute davon ge-

prägt, dieses fundamentale Ereignis zu einem Nichtereignis zu machen. Also, den ehemaligen Sklav:innen jede Fähigkeit zur Selbstregierung abzusprechen. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die haitianische Geschichte, in der es wimmelt von militärischen oder ökonomischen Interventionen der Großmächte, die um jeden Preis verhindern wollten, dass

internationalen Akteuren in Haiti – darunter die USA, die UNO, die EU – eingesetzten Ministerpräsidenten Ariel Henry zu verhindern. Sie besetzten den Flughafen, befreiten das größte Gefängnis und beherrschen seither einen Großteil der Hauptstadtregion Port-au-Prince. Das war das letzte Mal, das Haiti Schlagzeilen machte. Über die vergangenen 15 Jahre westlicher Interventionen in Haiti hörte man da allerdings wenig.

Die Moderne im emanzipatorischen Sinne lässt sich nur verteidigen, wenn sie sich ihres verleugneten Teils, der Sklavenbefreiung und des Abolitionismus, bewusst wird.

Open for business

Werfen wir also erneut einen Blick darauf: Internationale Truppen, die von der UNO genehmigt waren, befanden sich zum Zeitpunkt des Erdbebens bereits vor Ort. Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSTAH) unter Führung lateinamerikanischer Militärs, die hier nach dem Ende der Militärdiktaturen neue Verwendung fanden, und deren Einsatz, darunter auch Vergewaltigungen, mit kompletter Straflosigkeit einherging, war seit 2004 im Land. Mit dem Erdbeben übernahmen 2010 die internationalen Kräfte, darunter geschätzt mehrere Zehntausend Hilfsorganisationen, schließlich die Macht in Haiti. Regiert wurde vom UN-Gelände aus, einer Zeltstadt am Fuße des Flughafens, in dem Englisch die Sprache der Verständigung war. Alles geschah unter dem Motto, man wolle ja nur Gutes und Haiti besser wieder aufbauen. Diese neokoloniale Hilfe hat in Haiti eine Art zweites Beben ausgelöst und alle eigenstaatlichen Strukturen zerstört. Selbst den damaligen Präsidenten Préval wollten die USA mithilfe der internationalen Gremien stürzen. Ricardo Seitenfus, der zu diesem Zeitpunkt Vertreter der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) war, konnte diesen Putschversuch gerade noch verhindern. Alle anderen staatlichen und suprastaatlichen ausländischen Vertreter:innen hätten bedenkenlos mitgemacht. Auch die Deutsche Botschaft schreckte nicht vor weitrei-

das haitianische Beispiel Schule macht. Trotzdem nimmt die Weltöffentlichkeit Haiti durch den über lange Zeit eingeübten Blick weißer Überlegenheit wahr. Brutale Gangs, deren Führer bizarre Namen tragen – und ganz offenkundig auf ihre Weise mit Klischees spielen –, reproduzieren die altbewährten Vorurteile. In Vergessenheit gerät, dass die Politik der weißen Überlegenheit ganz erheblich zur haitianischen Misere beigetragen hat.

Die letzten schlagenden Beispiele hierfür sind die Entwicklungen seit dem verheerenden Erdbeben von 2010, dem einer der größten internationalen Hilfseinsätze der westlichen Moderne folgte, der das Land allerdings weiter in Richtung Abgrund trieb, sowie die internationalen Versuche, die Polykrise in Haiti zu lösen, die sich seit der Ermordung des haitianischen Präsidenten Jovenel Moïse im Juli 2021 in einer nie dagewesenen Gang-Gewalt äußert. Den über 200 bewaffneten Gangs ist es im Frühjahr dieses Jahres gelungen, die Rückkehr des von den

chenden Einmischungen in Angelegenheiten des Landes zurück und beteiligte sich an Überlegungen, genehme haitianische Politiker zu installieren. Dass der brasilianische Völkerrechtler Seitenfus auf die Illegalität des Vorhabens hinwies und die Putschpläne auch noch öffentlich machte, kostete ihn den Job.

2011, ein Jahr nach dem Erdbeben in diesem tief verwundeten Land, setzten die ausländischen Kräfte dann eine Neuwahl des Präsidenten durch. Als ihr Kandidat, der spätere Präsident Martelly, nicht in die Stichwahl kam, veranlasseten die US-Vertreter, dass der eigentlich Zweitplatzierte zurücktreten musste, so dass Martelly wieder im Rennen war und mit 67 Prozent der Stimmen – allerdings bei einer Wahlbeteiligung von nur 16,7 Prozent – gewählt wurde. In Haiti wird seine Wahl gemeinhin als Fälschung betrachtet. Die ausländischen Kräfte überließen Haiti hingegen gern dem Kompa-Sänger Martelly, denn er versprach vor allen Dingen eins: „Haiti is open for business“. Er ermöglichte also die vollständige Neoliberalisierung des Landes. Zugleich sicherte sich die haitianische Elite, in der Geschäft und Politik in eins fällt, über ihn den Zugang zum Staat und seinen Einkünften. Martelly hat heute wie viele andere haitianische Politiker Einreiseverbot in die USA und Kanada wegen nachgewiesener Entwendung öffentlicher Gelder. Doch die USA und ihre Verbündeten blieben den vor ihren Gnaden eingesetzten Politikern – neben Martelly insbesondere die späteren Staatsoberhäupter Moïse und Henry – trotz der verheerenden Entwicklung in Haiti treu, weil sie die Kontrolle Haitis und vor allen Dingen die Rücknahme haitianischer Flüchtlinge versprochen und Letzteres auch realisierten.

Dass Haiti im Chaos versank; dass aus zwei bewaffneten Gruppierungen, gegen die die MINUSTAH bis zu ihrem Rückzug 2017 noch angetreten war, 200 wurden; dass Politik, Geschäft und Gang-Gewalt miteinander verzahnt sind – all

das interessierte die ausländischen Akteure wenig, solange dieses Konglomerat für Fluchtverhinderung sorgte. Dass nun die Gangs eine eigene Rolle spielen wollen, bringt das Konzept der Sicherung und Einhegung allerdings durcheinander. Denn, wenn es auch ein dystopisches Szenario ist, das die Gangs aller Wahrscheinlichkeit nach Haiti zu bieten haben, sind sie nicht kontrollierbar und haben den USA und ihren Verbündeten mit dem Sturz des Ministerpräsidenten vor wenigen Wochen eine schwere Niederlage beigebracht. Die Gangs sprechen aus, was niemand hören will, nämlich dass es keinen Weg aus der haitianischen Krise gibt, der in Hinterzimmern ausgehandelt werden kann, wie die Karibische Gemeinschaft und die USA es gerade wieder einmal versuchen.

Fernverwaltete No-go-Zone

In diesen Hinterzimmern geht es um die internationalen Interessen. Von einer Entschuldung Haitis, gar einer Rückerstattung der zu Unrecht erhobenen Schulden nach der Revolution, die Haiti 150 Jahre lang zurückzahlte, oder der Aufgabe des neoliberalen Projekts, das für Haiti nur den Platz eines Arbeitskräftereservoirs vorsieht, ist hier selbstverständlich nicht die Rede. Stattdessen steht eine erneute internationale Intervention bevor. Unter Führung kenianischer Polizeikräfte soll eine internationale bewaffnete Mission die Gangs bekämpfen. Weitere Truppen sollen unter anderem aus Surinam kommen. Im Grunde handelt es sich um eine Art internationale Söldner, nicht ganz unähnlich der russischen Wagner-Gruppe. Die USA haben im UN-Sicherheitsrat monatelang für den Einsatz dieser Truppe gekämpft und bekamen letzten Endes trotz der berechtigten Zweifel Chinas und Russlands an den Erfolgsaussichten dieser Mission deren Einverständnis, deren Finanzierung allerdings bislang nur für wenige Monate gesichert ist. Ende Mai soll der Waffengang starten.

Kenia und den anderen Ländern, die Truppen stellen, geht es vor allen Dingen ums Geschäft. Denn die Mission bringt Geld. So viel zu den vorschnellen Hoffnungen auf die staatlichen Repräsentanten des Globalen Südens. Ein präsidentialer Übergangsrat, dessen Schaffung von US-Außenminister Blinken und der karibischen Staatengemeinschaft erzwungen wurde, soll so schnell wie möglich Wahlen organisieren. Dabei setzen sich die alten Eliten durch, die Haiti in den Abgrund geführt haben. Ein nationaler Dialog, der dazu dienen könnte, wirklich repräsentative Gremien der haitianischen Gesellschaft hervorzubringen, um einen haitiani-

sei allein Wille der USA und habe nichts mit einer haitianischen Lösung zu tun.

Haiti als Modell einer fernverwalteten No-go-Zone geht in die nächste aussichtslose Runde. Es ist kein Zufall, dass sich das alles in einem Land abspielt, in dem, wie die US-amerikanisch-äthiopische Soziologin Adom Getachew schreibt, einst „das Schwarzsein (Blackness) als politische Kategorie neu gegründet und als Zeichen des historischen und politischen Widerstands gegen Sklaverei und koloniale Dominanz definiert wurde“. Die Moderne im emanzipatorischen Sinne lässt sich nur verteidigen, wenn sie sich ihres verleugneten Teils, der Sklavenbefreiung und des Abolitionismus, bewusst wird. Dafür müsste man allerdings ganz andere Wege beschreiten als die militärische Einhegung einer Krise, die man wesentlich selbst mit verursacht hat.

Die Weltöffentlichkeit nimmt Haiti durch den über lange Zeit eingeübten Blick weißer Überlegenheit wahr.

schen Weg zu entwickeln, ist nicht vorgesehen. Die Opposition, die sich lange gegen einen ausländischen bewaffneten Einsatz gesperrt und eine Reihe seriöser Vorschläge für eine haitianische Lösung der Krise unterbreitet hat, macht notgedrungen mit. Für den Fall, dass die Polizeimission nicht den gewünschten Erfolg erzielt, diskutieren Politiker:innen in den USA schon den nächsten Plan: Direkte Verhandlungen mit Gang-Führer Jimmy Barbecue und Guy Philipp, dem Chef einer paramilitärischen Gruppierung. Philipp saß gerade sechs Jahre wegen Drogenschmuggels in US-Haft, wurde Anfang des Jahres erst entlassen und sofort nach Haiti zurückgeschickt. Und Barbecue hat gerade in einem Interview mit dem US-amerikanischen National Public Radio betont, seine Gang-Mitglieder seien für einen langen Kampf gerüstet. Was jetzt geschehe,



Katja Maurer ist fasziniert von der haitianischen Revolution, die ein eigenes Imperium zur weltweiten Sklavenbefreiung gründen wollte und auch ein paar Versuche in dieser Hinsicht unternahm.

medico international unterstützt das haitianische Menschenrechtsnetzwerk (RNDDH), das unter den bürgerkriegsähnlichen Umständen alle damit im Zusammenhang stehenden Verbrechen dokumentiert. Morddrohungen gegen ihre Mitarbeiter:innen sind üblich. Aber das Büro ist immer besetzt – in der Hoffnung, dass eines Tages die herrschende Straflosigkeit endet.

Spendenstichwort: Menschenrechte

Bin ich ein Berliner?

Die Politik der Staatsraison ist auch ein Frontalangriff auf die Hauptstadt der arabischen Exil-Communities

Von Yassin al-Haj Saleh

„Im deutschen Kultursektor herrscht ein Klima der Angst. Zensur und Selbstzensur sind zur neuen Normalität geworden. Arabische und jüdische Künstler und Intellektuelle, die sich mit Palästina solidarisieren, werden weitgehend ausgeschlossen und zum Schweigen gebracht“, sagte Pascale Fakhry im April in ihrer Eröffnungsrede des 15. ALFILM-Festivals, dem arabischen Filmfestival in Berlin. Ähnliche Einschätzungen sind unter palästinensischen und arabischen Intellektuellen, Künstler:innen, Akademiker:innen und Journalist:innen weit verbreitet. Dabei war Berlin noch bis vor kurzem der Ort, an dem sie sich sicher und geschützt wähnten. Noch 2019 hatte der ägyptische Wissenschaftler Amro Ali die Stadt als „Hauptstadt des arabischen Exils“ bezeichnet und eben hier auf eine Renaissance der künstlerischen und intellektuellen Kräfte der ins Exil getriebenen arabischen Aufstände gehofft. Doch diese Hoffnung hat sich in den letzten sieben Monaten, den Monaten seit dem 7. Oktober 2023, wohl erledigt.

Viele der von Zensur und Ausgrenzung betroffenen Menschen sind Linke und Laizisten, die der Hamas schon lange und eindeutig kritisch gegenüberstehen. Sie sind jedoch aufgrund ihrer persönlichen und kollektiven Erinnerungen, ihrer politischen Sensibilität und manchmal auch ih-

rer persönlichen Erfahrungen geneigt, den palästinensischen Kampf für Freiheit, Gleichheit und Staatlichkeit zu unterstützen, so auch, unbeirrt, sogar mit Stolz, die ALFILM-Leute. Diese Unterstützung aber hat sie zur Zielscheibe für Zensur und Ausgrenzung in Deutschland werden lassen. „Ich habe an schwierigen Orten moderiert, in Beirut, Kairo, Amman, Abu Dhabi und Dubai. Dieses Jahr war ich auch in Saudi-Arabien. Die Leute denken, dass es dort zu viel Zensur gibt. Aber dort hat mir noch nie jemand gesagt, wie ich meine Gäste vorstellen soll, was ich zu sagen habe, worauf ich achten muss und ob es Wörter gibt, die schwierig sind oder nicht gesagt werden dürfen“, so Rabih el-Khoury, Leiter des Auswahlkomitees des Festivals.

Die Beispiele, auf die sich solche Aussagen beziehen, sind so zahlreich, dass sich die internationalen Medien bereits seit Monaten dafür interessieren. „Ein Klima der Angst und der Schuldzuweisungen hat den Status Berlins als internationale Kulturhauptstadt stärker gefährdet als jemals zuvor seit 1989“, heißt es beispielsweise in einem Bericht der New York Times über den „Leuchtturm der künstlerischen Freiheit“, der Berlin einmal war. Ähnlich äußerte sich die palästinensische Aktivistin Fidaa al-Zaanin in einem Bericht der taz: „Das Klima in Deutschland ist beängstigend.“



Aus arabischer Perspektive auf den deutschen Diskurs könnte hier auch stehen: „Wir müssen leider draußen bleiben“

Monolog der Erinnerungspolitik

Man kann noch weiter gehen und fragen, inwieweit das deutsche Vorgehen in Bezug auf die palästinensische Sache auch eines gegen die Meinungsfreiheit ist. Das israelische +972 Magazine berichtet umfassend über die teils fanatischen Maßnahmen, die in Deutschland gegen die Solidarität mit den Palästinenser:innen ergriffen werden. Diese Maßnahmen, die im Bericht als „drakonisch“ bezeichnet werden,

haben die Wirkung einer „Othering Machine“. Diese Ausgrenzungsmaschine hat viele Menschen mit Migrations- und Exilgeschichte entfremdet, einige haben Deutschland inzwischen verlassen. Wenn man bedenkt, dass die Figur des oder der Intellektuellen in gewisser Weise „europäisch“ ist – wie zumindest ich persönlich es zu denken pflegte, mit Vorstellungen von Pluralität, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit im Kopf –, dann klingt die Botschaft dieser Maschine nach dem Ge-

genteil dessen: Sie vermittelt allen nicht deutschen Intellektuellen: „Nein! Du gehörst nicht hierher! Du hast nicht das Recht, dich hier frei zu äußern! Du bist uns nicht gleichgestellt! Du bist subaltern!“ In Anlehnung an Hannah Arendt habe ich andernorts behauptet, dass wir als Flüchtlinge in Deutschland vielleicht einige Rechte genießen, aber niemals das Recht, Rechte zu haben. Die sieben Monate seit dem 7. Oktober beweisen dies allzu gut.

Die Logik des Andersseins widerspricht dem Konzept der Stadt als Raum der Vielfalt, der Freiheit und des Dialogs oder besser des „Polylogs“. Sie widerspricht sogar der Seele Berlins als Kulturhauptstadt, in der viele Sprachen, Erinnerungen und Weltanschauungen aufeinandertreffen. Eigentlich widerspricht sie sogar dem Prinzip der demokratischen Integration und offenbart stattdessen eine sehr repressive Version von ihrer Verwirklichung. Im Land kursierende Vorschläge, wie Individuen zur Anerkennung Israels gezwungen werden könnten, sind nicht nur nicht neugierig auf andere Perspektiven. Sie verletzen die Gewissensfreiheit.

Die Maschine zielt auf einen Monolog im Namen der deutschen Erinnerungspolitik. Abgesehen davon, dass Deutschland Teil eines moralischen Dreiecks ist, wie Sa'ed Atshan und Katharina Galor ihr unbedingt lesenswertes Buch über Palästinenser und Israelis in Berlin betitelt haben – eines Dreiecks, das Deutschland nicht nur mit Israel, sondern auch mit Palästina verbindet –, kann das deutsche Gedächtnis nur dann „gesund“ sein, wenn es Teil eines multidirektionalen Gedächtnisses wird; eines Gedächtnisses also, das auch die Geschichte des Kolonialismus erinnert, so die These von Michael Rothberg in seinem Buch, das vielen im Lande kontrovers erschien.

Von Palästinenser:innen und anderen aber wird erwartet, dass sie in dem Moment, in dem

sie hier ankommen, ihr eigenes Gedächtnis ablegen und das deutsche anziehen. Sie sollen quasi einen „Erinnerungs-Selbstmord“ begehen. Die Kultur der Demokratie selbst wird so untergraben, meint Enzo Traverso, der – meiner Meinung nach zu Recht – behauptet, dass die deutsche Staatsraison auf einen „Ausnahmestand“ anspielt, auf die „unmoralische Seite eines Staates, der seine eigenen Gesetze übertritt“ im Namen eines „übergeordneten Gebots der Staatssicherheit“. Dies ist die nationalistische Logik der Souveränität und der Aufhebung des Rechts. Und sie ist spaltend und hat bereits großen Schaden angerichtet.

Düstere Erinnerungen

Menschen aus Palästina oder aus Syrien (wie ich) sind Flüchtlinge. Nicht wenige flohen auch, weil eine Logik, die Menschen zensiert und sie daran hindert, sich frei zu äußern, unsere Städte und Gesellschaften stark ausgezehrt hat. Als einer von ihnen habe ich mich in den letzten sieben Monaten in Berlin manchmal ähnlich ausgegrenzt und verstummt gefühlt wie damals in Syrien, wo ich mich öffentlich nie hatte äußern können. Eine Berliner Zeitung hatte nichts dagegen, dass ich für sie über mein Land schreibe, aber sie wollten meine Artikel nur veröffentlichen, wenn ihnen der Inhalt passte. Ich hätte auch für die Assad-Zeitungen schreiben können, wenn ich für sie sympathische Artikel geschrieben hätte. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden, sagte Rosa Luxemburg 1918, ein Jahr bevor sie in Berlin ermordet wurde.

Räume werden kleiner, enger, flacher und exklusiver, wenn die Menschen gezwungen werden, sich einer Ideologie oder einem nationalistischen Dogma anzupassen. Im Gegensatz dazu werden sie tiefer, geräumiger und umfassender, wenn sie mit Pluralität und Freiheit be-

lebt werden. Berlin als deutscher, europäischer und globaler Raum ist hiervon nicht ausgenommen. Auch die Räume in syrischen Städten sind seit den 1970er-Jahren kleiner und erdrückender geworden. Was die Meinungsfreiheit in Bezug auf die palästinensische Frage betrifft, so ähnelt die Situation in Deutschland und in etwas geringerem Maße in vielen westlichen Ländern unserer Situation in

Von Palästinenser:innen wird erwartet, dass sie hier ihr eigenes Gedächtnis ablegen und das deutsche anziehen.

den meisten arabischen Ländern, die von strengen oder sehr strengen Diktaturen regiert werden. Sobald es um Palästina geht, neigen westliche Regierungen zunehmend dazu, „arabische Regime“ zu sein. Suleiman Abdallah, ein syrischer Journalist, dem ich die beiden Zitate am Anfang dieses Artikels verdanke, berichtete kürzlich, dass viele syrische Künstler Angst vor erneuten Traumata haben, die an das Leben in der Diktatur erinnern. Ihre Strategie in dieser neuen Realität der „demokratischen Diktatur“ ist die Selbstzensur. Einer der drei in dem Bericht befragten Künstler, Khaled Barakeh, plant seine Ausreise; eine andere, Kefah Ali Deeb, sagte, dass die Ausreise ihr Traum sei. Beide sind seit fast zehn Jahren in Berlin und in der Berliner Kulturlandschaft sehr aktiv.

Deutschland hat viel in seine Kulturlandschaft investiert, vor allem in Berlin, das sich einer umfangreichen kulturellen Infrastruktur erfreut. Die Stadt ist sehr menschlich, bescheiden, multizentrisch, kosmopolitisch. Es gibt kaum imperialistische Symbole und im Gegen-

satz zu Paris und London ist das Leben günstig. Diese Vorzüge sind es vor allem, die Berlin für Intellektuelle und Künstler aus vielen Teilen der Welt so attraktiv gemacht haben. Und diese Attraktivität ist es, die in den letzten sieben Monaten aktiv verspielt wurde. Die Folge: Viele Menschen, nicht nur Palästinenser:innen und Araber:innen, fühlen sich eingeschränkt und ausgrenzt. Auf beunruhigende Weise haben die intellektuellen und kulturellen Akteure eine Logik der Staatsraison übernommen. Diese Realität hat Carola Lentz, Präsidentin des Goethe-Instituts, zu der Forderung veranlasst: „Kulturarbeit muss unabhängig bleiben!“

Doch der Kampf ist noch nicht ganz verloren. Das ALFILM-Festival fand sechs Tage lang in mehreren Berliner Kinos statt. Das Herz der Stadt ist noch nicht ganz für die palästinensische Frage verschlossen. Aber die Situation ist verletzlich, und man kann sich derzeit nicht sicher sein, ob eine Veranstaltung wie das ALFILM-Festival eines der letzten Zeichen eines pluralistischen Berlins ist – oder eines von vielen, die noch folgen werden.



Yassin al-Haj Saleh lebt seit September 2017 in Berlin. Er ist einer der bekanntesten syrischen Schriftsteller und schreibt regelmäßig für das medico-rundschreiben.

medico unterstützt die arabischen Exil-Communities über die Arbeit des MENA Prison Forum, das seit einigen Jahren vorwiegend von Berlin aus arbeitet.

Spendenstichwort: Menschenrechte

Projekte Projekti- onen

Anders kämpfen

Guatemala: für indigene Rechte

Widerstand gegen staatliche Gewalt, Aufrechterhalten der Erinnerung an den Genozid der 1980er-Jahre, Kampf um Territorium und Erhalt der Natur: Darum geht es den Aktivist:innen von Festivales Solidarios. Mit Workshops für Kinder und Jugendliche, Musik, Akrobatik und künstlerischen Protestformen bauen sie eine Brücke in marginalisierte indigene Gemeinden. Das schafft nicht nur sozialen Zusammenhalt, sondern wird auch politisch wirksam, indem das Wissen um indigene Rechte und ein kollektives politisches Bewusstsein gestärkt werden. Gegründet hat sich die Gruppe 2012, nachdem Soldaten bei Protesten der Maya K'iche gegen hohe Energiepreise sechs Menschen erschossen hatten. Um die Geschehnisse zu dokumentieren, taten sich die Schwestern Lucía und Andrea Ixchíu mit anderen Aktivist:innen zusammen. Angesichts drohender Repressalien mussten die Schwestern Guatemala inzwischen verlassen. Die Gruppe arbeitet weiter, vernetzt mit den in Mexiko Exilierten.



Foto: Festivales Solidarios

Kurzer Ausflug in eine andere Welt während eines Workshops von Festivales Solidarios.

Spendenstichwort: Menschenrechte

Krieg in Charkiw

Hilfe für Vertriebene in der Ukraine

Seit Anfang Mai stehen die Dörfer und Kleinstädte der Region Charkiw im Nordosten der Ukraine unter Dauerbeschuss. In der gleichnamigen Stadt gibt es täglich Luftalarm. Die Stadt ist nur 30 Kilometer von der russischen Grenze entfernt und wird regelmäßig mit Raketen beschossen. Der Krieg war für die Bevölkerung hier nie ganz weg, aber nun ist er mit fast derselben Wucht zurückgekehrt, die er in den ersten Kriegswochen 2022 hatte. Die medico-Partnerorganisation „Mirnoe Nebo“ (Friedlicher Himmel) leistet seit Kriegsbeginn humanitäre Hilfe in der Grenzregion, unter anderem mit Suppenküchen. Viele alte und gebrechliche Menschen wollten ihre Häuser und Wohnungen trotz der Frontnähe nicht verlassen. Ihnen lieferte Mirnoe Nebo warme Mahlzeiten und Lebensmittel, reparierte Häuser und bot psychologische Hilfe an. Nun werden viele Dörfer an der Grenze auf Geheiß der Behörden evakuiert. Der Frontverlauf droht näher an Charkiw zu rücken, die ukrainischen Kolleg:innen berichten, dass ukrainische Flugzeuge und Hubschrauber über der Stadt kreisen, die die Luftabwehr unterstützen. Mirnoe Nebo versorgt in Charkiw und Cherson intern Vertriebene, insgesamt sind das mehrere Zehntausend Menschen.

Spendenstichwort: medico international



In einer Großküche von Mirnoe Nebo.

Nicht allein

Netzwerk gegen sexualisierte Gewalt in Südafrika

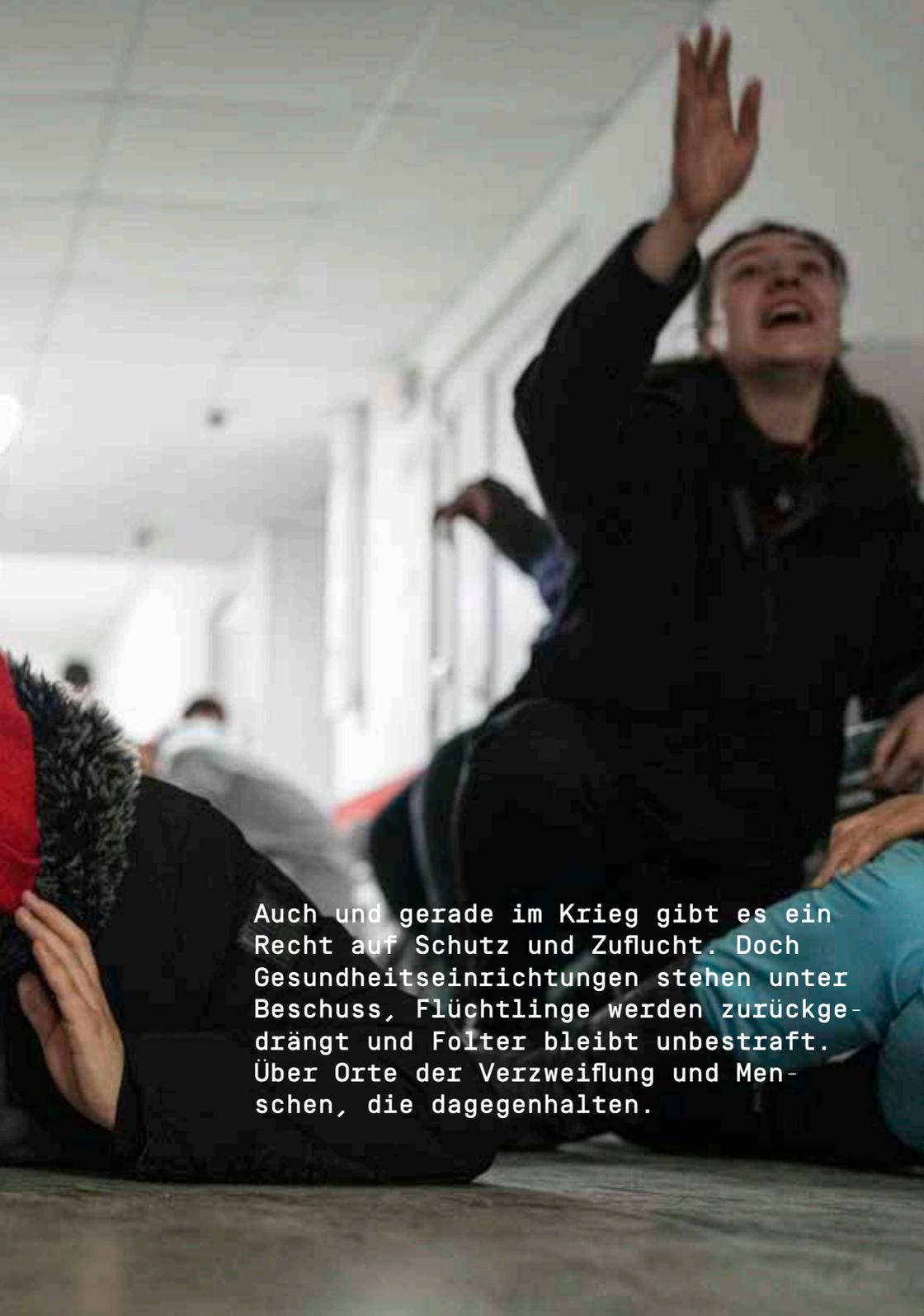
Sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt hat in Südafrika erschreckende Ausmaße angenommen. Vier von zehn Frauen werden in ihrem Leben vergewaltigt, alle drei Stunden ereignet sich ein Feminizid. Die Ursachen sind strukturell: Patriarchale Ausbeutungsverhältnisse, eklatante soziale Ungleichheit, Armut und Xenophobie begünstigen die zunehmende Gewalt gegen Frauen. Zwar hat die Regierung schon 2021 einen großen Aktionsplan gegen die Gewalt angekündigt. Umgesetzt ist bislang wenig. Umso bedeutsamer ist die Selbstorganisation von unten. medico unterstützt das Phephisa Survivors Network, in dem sich über 300 Überlebende zusammengefunden haben. In der Provinz KwaZulu-Natal gibt es rund 20 Selbsthilfegruppen, in denen Betroffene traumatische Erfahrungen teilen und bearbeiten. „Local Rapid Response Teams“ mobilisieren in den Communities Hilfe und Unterstützung. Auf überregionaler Ebene setzt sich Phephisa für Prävention, psychosoziale Angebote und ein Ende der Straflosigkeit ein. Der Name ist Programm. Phephisa bedeutet „Du bist nicht allein.“

Spendenstichwort: Psychosoziale Hilfe

Schutzlos

Foto: AP Photo / Evgeniy Maloletka

Das Krankenhaus als sicherer Zufluchtsort? Nicht in der Ukraine.



Auch und gerade im Krieg gibt es ein
Recht auf Schutz und Zuflucht. Doch
Gesundheitseinrichtungen stehen unter
Beschuss, Flüchtlinge werden zurückge-
drängt und Folter bleibt unbestraft.
Über Orte der Verzweiflung und Men-
schen, die dagegenhalten.

Zielscheibe Gesundheit

Krankenhäuser und medizinisches Personal stehen unter hohem völkerrechtlichem Schutz. Doch immer häufiger werden sie angegriffen

Von Felix Litschauer

Schon im Dezember 2023, der israelische Krieg in Gaza war erst wenige Wochen alt, verurteilte Tlaleng Mofokeng, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Gesundheit, den „unerbittlichen Krieg“ gegen Krankenhäuser und medizinisches Personal. Vergeblich. Anfang April war nach einem Militäreinsatz auf dem Gelände des Al-Shifa-Krankenhauses auch die größte Gesundheitseinrichtung des Gazastreifens zerstört. Nach sieben Monaten Krieg liegt die gesundheitliche Infrastruktur für 2,3 Millionen Menschen in Trümmern, darunter auch Einrichtungen der medico-Partnerorganisation Palestinian Medical Relief Society wie deren Zentrum für nicht übertragbare Krankheiten. Über 500 Gesundheitsarbeiter:innen wurden bislang getötet – mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2022 weltweit. Die entgrenzte militärische Gewalt in Gaza ist nur der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, in der die medizinische Infrastruktur selbst zur Zielscheibe wird.

Eigentlich genießen medizinische Einrichtungen und Gesundheitsarbeiter:innen im Krieg einen herausragenden völkerrechtlichen Schutz. Am Anfang stand 1863 die Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Unter Rückgriff auf den hippokratischen Eid sollte der Anspruch verwirklicht werden, dass kranke und verwundete Kombattant:innen jeder Kriegspartei behandelt werden können. 1949 einigte sich

die Staatengemeinschaft in Genf unter dem Eindruck von zwei Weltkriegen auf umfassende humanitäre Standards, die auch die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten schützen sollten. Laut Artikel 18 der Genfer Konvention dürfen Gesundheitseinrichtungen „unter keinen Umständen angegriffen werden, sondern sind von den Konfliktparteien jederzeit zu achten und zu schützen“. Das gilt unabhängig davon, ob es sich um gezielte Militäroperationen handelt oder wahllosen Beschuss.

Medizinische Hilfe als Straftat

Die Genfer Konvention hat Gesundheitseinrichtungen zwar de facto nie vollständig geschützt. Doch in den letzten 15 Jahren hat sich die Intensität der Angriffe immens gesteigert. Die jährlichen Berichte der Safeguarding Health in Conflict Coalition (SHCC) – die langjährige medico-Partnerorganisation Physicians for Human Rights Israel ist Mitglied – dokumentierte allein für das Jahr 2022 fast 2.000 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen und ihr Personal, mehr als jemals zuvor. Der Bericht erzählt von Ärzt:innen in Myanmar und im Iran, die inhaftiert und auch ermordet wurden, weil sie hilfsbedürftige Menschen behandelt hatten. Er dokumentiert die Misshandlung von Gesundheitsarbeiter:innen in Afghanistan. Er er-

innert an die Ermordung von Helfer:innen in Pakistan, deren Vergehen darin bestand, Kinder gegen Infektionskrankheiten geimpft zu haben. Und er kündigt von mehr als 700 Militärschlägen Russlands gegen die ukrainische Gesundheitsversorgung. Mit dem Krieg in Gaza werden die Zahlen im nächsten Bericht noch einmal massiv steigen.

Als Sündenfall einer Kriegsführung trotz und wider die Genfer Konvention gilt das Massaker von Mullivaikkal in Sri Lankas Bürgerkrieg im Jahr 2009. Binnen weniger Monate wurden dort mindestens 40.000 Menschen, die auf einem schmalen Küstenstreifen eingekesselt waren, getötet. Der Beschuss von Land, von der See und aus der Luft galt auch und besonders Gesundheitseinrichtungen. Zur Begründung die-

ser Kriegsführung nutzte die damalige Regierung eine diskursive Figur, die die USA mit ihrer Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 in die Welt gesetzt hatten: Sie befand sich in einem „war on terror“. In diesem fällt nicht nur die bei militärischen Auseinandersetzungen geltende Unterscheidung zwischen zu schützenden Zivilist:innen und militärischen Gegnern weg. Das Narrativ degradiert das Gegenüber von einer Kriegspartei, der gewisse Rechte zustehen, zu einem auszulöschenden Feind, einem unterschiedslosen Bösen. In dieser Logik betrachtete die singhalesische Regierung die gesamte tamilische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie Zivilist:innen und Kämpfer:innen der Tamil Tigers waren – als terroristisch. Sie kam damit durch: Die internationale Gemeinschaft ließ das Militär gewähren.



Durch Trümmer zur Visite: Die medico-Partner:innen von PMRS in Gaza.

Ein Massaker als Blaupause

Nach Ansicht von Saman Zia-Zarifi, internationaler Direktor von Physicians for Human Rights, war dieses Ereignis eine Blaupause. Im bald beginnenden syrischen Bürgerkrieg definierte das Regime sämtliche von der Opposition kontrollierten Gebiete und damit alle Menschen in diesen Gebieten als terroristisch – und folglich als legitime militärische Ziele. Dies manifestierte sich in Luftangriffen auf zivile Gebiete einschließlich der gezielten Bombardierung von Gesundheitseinrichtungen. Mit dem Kriegseintritt Russlands Ende 2015 intensivierten sich Häufigkeit und Ausmaß der Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen in einem nie dagewesenen Ausmaß. Auch die Türkei verbrämt ihre Angriffe auf das selbstverwaltete Nordsyrien immer wieder als legitimen Kampf gegen kurdischen Terrorismus – mit unmittelbaren Folgen für die Kriegsführung. Die meisten Krankenhäuser der medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond sind bei Luftangriffen inzwischen zerstört oder beschädigt worden. In praktisch jedem Krieg der vergangenen Jahre greifen ähnliche Mechanismen, sei es im Südsudan, im Jemen oder in Afghanistan, wo die US-Armee 2015 das Krankenhaus der Ärzte ohne Grenzen in Kunduz zerstörte.

Infolge dieser Entwicklung setzte der UN-Sicherheitsrat 2016 ein Zeichen und bekräftigte den besonderen Schutzstatus: In der einstimmig verabschiedeten Resolution 2286 werden Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen als mutmaßliche Kriegsverbrechen gebrandmarkt. Gefordert wird ein Ende der Straflosigkeit für die Verantwortlichen. Doch geändert hat das nichts, im Gegenteil. Die russische Armee wiederholte bei ihrer Invasion in der Ukraine Ende Februar 2022 die in Syrien erprobte Strategie. Die Zerstörung der Geburtsklinik in Mariupol im März 2022 rechtfertigte die russische Regierung damit, dass dort Kämpfer eines ukrainischen

Bataillons Stellung bezogen hätten. Mit demselben Argumentationsmuster rechtfertigt die israelische Regierung seit Jahren Zerstörungen medizinischer Einrichtungen in Gaza.

In ihrem Vorgehen berufen sich die kriegführenden Parteien auf eine Ausnahmeregelung der Genfer Konvention. Dieser zufolge verlieren Gesundheitseinrichtungen ihren Schutzstatus, sobald sie „außerhalb ihrer humanitären Aufgaben zu Handlungen benutzt werden, die dem Gegner schaden“. Sind Krankenhäuser also Teil gegnerischer militärischer Infrastruktur, sind sie völkerrechtlich nicht mehr Tabuzone. Die Voraussetzungen sind allerdings hoch. Damit ein Angriff rechtmäßig ist, bedarf es etwa des Nachweises, dass alles dafür getan wurde, um Schaden von Patient:innen und medizinischem Personal auf ein Minimum zu beschränken. Angriffe, bei denen zu erwarten ist, dass sie der Zivilbevölkerung Schaden zufügen, der im Verhältnis zu dem erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil übermäßig hoch wäre, gelten als Kriegsverbrechen. Doch solch „Kleingedrucktes“ interessiert wenig. Seien es Stürmungen und Beschuss des Al-Shifa-Krankenhauses, seien es die zahlreichen zivilen Opfer: Die israelische Regierung rechtfertigte sie mit dem Hinweis, die Klinik habe als Waffenlager und Rückzugsort von Hamas-Kämpfern gedient – ohne allerdings hinreichende Beweise zu liefern.

In den Kriegen der jüngsten Zeit sind die Zerstörungen gesundheitlicher Infrastrukturen weit mehr als Kollateralschäden. Sie haben Methode, die medizinische Fachzeitschrift *The Lancet* sprach bereits 2016 von einer „weaponisation of health care“. Damit gemeint ist die Strategie, den zwingenden Bedarf der Menschen nach Gesundheitsversorgung als Waffe gegen sie einzusetzen, indem man ihnen diese gewaltsam vorenthält und Orte angreift, an denen Gesundheitsversorgung stattfindet. Und so treffen die

Angriffe auf medizinische Fachkräfte auch jene, die durch ihre Arbeit persönlich Zeugnis ablegen. Twitter und TikTok sind voll mit Berichten von Ärzt:innen über das Leid des Krieges. Klinikdirektor:innen sind wichtige Gesprächspartner:innen für die Presse. Sie alle führen, legitimiert durch ihre Profession, die Universalität des Menschenrechts auf Leben und auf Gesundheit vor Augen. Damit ist ihre Zeugenschaft auch gefährlich für Angreifer. Schon zu Beginn der Proteste in Syrien 2011 war ein Gesetz erlassen worden, das Ärzt:innen gezielt kriminalisierte, die verwundete Protestierende versorgten. Es folgten Verhaftungen, Folter und öffentliche Exekutionen, Zehntausende gut ausgebildete Fachkräfte verließen das Land.

Ein Ziel: Demoralisierung

Vor allem aber zielt die entgrenzte Kriegsführung auf Zermürbung und Demoralisierung. Die Behandlung von Verwundeten, die Eindämmung von Infektionskrankheiten oder die Therapie von psychischen Traumata: Selbst ein intaktes Gesundheitssystem müsste enorme kriegsbedingte Belastungen verkraften. Auch im Krieg kommen Kinder zur Welt, benötigen Diabetiker:innen Insulin und Nierenerkrankte eine Dialyse. Daher bedeutet ein Zusammenbruch der gesundheitlichen Versorgung unmittelbares Leid für Zehntausende Zivilist:innen. Das wirkt tief in die Psyche. In der medizinischen Behandlung liegt eine Aussicht auf Heilung. Ihr völkerrechtlicher Schutz macht Krankenhäuser zu vermeintlich sicheren Zufluchten. So ist es kein Zufall, dass Tausende in einer Zeltstadt auf dem Gelände des Al-Shifa-Krankenhauses Schutz gesucht haben. Indem all das in Schutt und Asche gelegt wird, wird auch jegliche Hoffnung zerstört.

Die Folgen dieser militärischen Strategien sind tödlich – unmittelbar, weil Verwundungen nicht

versorgt und Krankheiten nicht behandelt werden können; aber auch langfristig. Schon vor Oktober 2023 war die durchschnittliche Lebenserwartung in Gaza um zehn Jahre niedriger als in Israel. Sie wird infolge des Krieges drastisch sinken. Und selbst wenn die medizinische Infrastruktur eines Tages wieder aufgebaut werden sollte, können die getöteten und geflohenen Ärzt:innen, Chirurg:innen, Sanitäter:innen und Pfleger:innen nicht ohne weiteres ersetzt werden. Damit entstehen Abhängigkeiten, von Geberländern und Hilfsorganisationen, aber auch von der Regierungsinstanz vor Ort – womit Gesundheitsversorgung zu einem machtvollen Kontrollinstrument etwa für Besatzungsmächte wird.

Sri Lanka, Syrien, Ukraine und Gaza sind nur die prominentesten Beispiele des Bedeutungsverlusts des Völkerrechts. Das von humanitären Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen immer wieder eingeforderte Prinzip „der Arzt deines Feindes ist nicht dein Feind“ ist außer Kraft gesetzt. „Es scheint, als hätte die Welt ihren moralischen Kompass verloren“, sagte WHO-Sprecherin Margaret Harris. Um diesen neu auszurichten, müssten die mutmaßlichen Kriegsverbrechen konsequent juristisch aufgearbeitet werden. Eben das fordert auch die Resolution 2286 des UN-Sicherheitsrates. Bislang aber ist es zu keiner einzigen Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof gekommen.



Felix Litschauer ist als Referent für Globale Gesundheit viel unterwegs. Zuletzt nahm er an einer Versammlung des People's Health Movements in Buenos Aires teil.

Spendenstichwort: Globale Gesundheit

Im Schatten des Krieges

medico-Partnerorganisationen gehen gegen Folter und unmenschliche Haftbedingungen in Israel vor

Von Birte Brodtkorb

Ununterbrochen gefesselt und den extremen Temperaturen der Wüste ungeschützt ausgeliefert, werden sie unter freiem Himmel in Käfigen gehalten. Sie müssen auf dem Boden schlafen, bekommen nur geringe Mengen an Nahrung und müssen in Windeln defäkieren. Amputationen von Körperteilen als Folge der engen Fesseln sind an der Tagesordnung. Das jedenfalls geht aus dem Brief eines Militärarztes hervor, den die israelische Tageszeitung Haaretz Anfang April veröffentlichte. Der Arzt beschreibt darin die Haftbedingungen für seit dem 7. Oktober 2023 festgenommene Personen aus dem Gazastreifen im israelischen Militärlager Sde Teman in der Wüste Negev. Vor Ort überprüft werden konnten dieser und ähnliche Berichte bislang nicht, da Anwäl:innen, Journalist:innen und sogar dem Internationalen Roten Kreuz (IKRK) der Zugang zu Militärlagern wie diesem verweigert wird.

Doch einige der Gefangenen wurden bereits wieder in den Gazastreifen entlassen, da sich der Verdacht terroristischer Handlungen nicht bestätigt hat. Anhand ihrer Berichte kommt der Horror dieser Militärlager nach und nach ans Licht: Die Ex-Häftlinge berichten von routinemäßigen Akten schwerer Folter. Adnan Al-Barsh, ein zuvor im Gazastreifen tätiger Arzt, kam in der Haft ums Leben. Augenzeugen berichten, dass er aufgrund der Inhaftierung in schlechter Verfassung gewesen sei. Er ist ei-

ner von mindestens 27 palästinensischen Gefangenen, die Medienberichten zufolge seit dem 7. Oktober in israelischen Gefängnissen und Militärlagern gestorben sind. Über die genauen Todesumstände geben die Behörden nichts bekannt.

Menschenrechtsverletzungen mit System

Auch wir vom Public Committee against Torture in Israel (Öffentliches Komitee gegen Folter in Israel, kurz PCATI) bekommen keinen Zugang zu den Militärlagern. Auf der Grundlage unserer jahrelangen Erfahrung halten wir die Berichte des Militärarztes und der ehemaligen Häftlinge jedoch für glaubwürdig. PCATI leistet seit 1990 Rechtsbeistand in Folterfällen. Denn die Situation vor allem palästinensischer Gefangener hat sich zwar nach dem 7. Oktober noch einmal dramatisch verschlechtert. Doch bereits seit Jahrzehnten dokumentieren Organisationen wie PCATI Menschenrechtsverletzungen an Gefangenen in israelischen Haftanstalten. Ein Anwaltsteam von PCATI besucht regelmäßig Häftlinge, die möglicherweise Folter oder anderen Misshandlungen ausgesetzt sind. Es nimmt Opferaussagen auf, begutachtet die Häftlinge und deren Haftbedingungen und bringt substantiierte Fälle vor Gericht. PCATI hält sich dabei strikt an die Definition der



Die Untersuchungshaftanstalt in Tel Aviv-Jaffa trägt eines der nach dem 7. Oktober im ganzen Land verteilten Banner mit dem Schriftzug: „Zusammen werden wir siegen.“

UN-Antifolterkonvention von 1984, die auch Israel unterschrieben hat.

Daten, die in jahrzehntelanger Arbeit von PCATI gesammelt wurden, zeigen, dass Verletzungen grundlegender Menschenrechte von Palästinenser:innen in israelischen Einrichtungen System haben. Die regelmäßige Inhaftierung von Bewohner:innen der besetzten palästinensischen Gebiete ist ein Instrument der israelischen Besatzung, um die Kontrolle und Unterordnung der palästinensischen Zivilbevölkerung zu erzwingen. Bei den Inhaftierten handelt es sich hauptsächlich um junge Männer im Alter

von 19 bis 30 Jahren, aber auch Ältere, Frauen und Minderjährige ab zwölf Jahren sind darunter. Oft werden die Festnahmen während traumatisierender nächtlicher Razzien in Familienhäusern durchgeführt.

Gefangene erhalten nicht erst seit dem 7. Oktober nur eine eingeschränkte medizinische Versorgung, die oft langfristig nachteilige Auswirkungen auf ihre körperliche und geistige Gesundheit hat. Sicherheitsgefangenen ist nur sehr begrenzter Kontakt zur Außenwelt erlaubt, sie sind nahezu isoliert. Telefongespräche sind untersagt und Familienbesuche selten. Dass

palästinensische Sicherheitsgefangene in Gefängnissen innerhalb der Grenzen Israels festgehalten werden, verstößt gegen das internationale Völkerrecht und erschwert es Familienmitgliedern zusätzlich, sie zu besuchen. Viele Gefangene befinden sich in absoluter Isolation. Nach einer Militärverordnung kann es palästinensischen Sicherheitsgefangenen bis zu 60 Tagen lang verweigert werden, einen Anwalt zu sehen. Nicht wenige der Festgenommenen werden gefoltert und misshandelt. Minderjährige werden grundsätzlich unter denselben Bedingungen wie Erwachsene inhaftiert und sind ebenfalls Misshandlungen ausgesetzt.

Rechtskämpfe

1999 erzielte PCATI ein wegweisendes Urteil des höchsten israelischen Gerichtshofes, das die Verwendung verschiedener Foltermethoden untersagte, die bis dahin systematisch von der Israelischen Sicherheitsagentur (ISA – auch bekannt als Schabak oder Schin Bet) angewendet worden waren. Dieses Urteil wurde jedoch allmählich ausgehöhlt. Die ISA setzt bis heute unter dem Vorwand des „rechtfertigenden Notstands“ sogenannte verstärkte Verhörmethoden bei Sicherheitsgefangenen ein. Sie werden bedroht, geschlagen, über Stunden hinweg in schmerzhaft Stresspositionen gezwängt und langwierigem Schlafentzug ausgesetzt, um Informationen über mutmaßliche terroristische Aktivitäten zu erhalten oder ein Geständnis zu erzwingen. Es handelt sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um ein staatlich gestütztes System.

Seit 2001 haben PCATI sowie andere Menschenrechtsorganisationen und Anwält:innen mehr als 1.450 Beschwerden wegen Folter beim israelischen Justizministerium eingereicht. In nur drei der Fällen wurden Ermittlungen eröffnet und keine der Beschwerden hat je zu einer An-

klage geführt. Diese Daten legen eine pauschale und staatlich gewollte Straflosigkeit für Foltertaten nahe, die durch Staatsbedienstete verübt werden. Dadurch wird die Begehung solcher Taten immer weiter begünstigt. Die Regierung Israels hat bisher auch kein absolutes Folterverbot erlassen, obwohl sich Israel durch die UN-Antifolterkonvention von 1984 dazu verpflichtet hat.

Seit dem Angriff der Hamas auf israelische Gemeinden am 7. Oktober 2023 haben sich die Haftbedingungen palästinensischer Inhaftierter in israelischen Einrichtungen noch einmal deutlich verschlechtert. Eine Verhaftungswelle im Westjordanland hat die Anzahl der Sicherheitsgefangenen mehr als verdoppelt: von durchschnittlich etwa 4.000 auf nunmehr über 9.500 – darunter etwa 80 Frauen und 200 Minderjährige. Dies führt zu enormen Überbelegungen und katastrophalen sanitären Bedingungen. Der israelische Gefängnisdienst (Israel Prison Service – IPS) hat zudem einen Ausnahmezustand verhängt mit der Folge, dass die Strom- und Wasserversorgung der Zellen zum Teil gesperrt und Zugang zu dringend benötigter medizinischer Versorgung beschränkt ist. In Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechtsorganisationen hat PCATI Ende 2023 deswegen Beschwerde beim Obersten Gerichtshof eingereicht. Sie wurde mit Verweis auf die aktuelle Kriegssituation abgelehnt.

Zudem wird eine unbekannt Anzahl (wahrscheinlich mehrere Hundert, möglicherweise sogar Tausende) von Personen aus Gaza unter den eingangs geschilderten Bedingungen in Militärlagern auf israelischem Staatsgebiet festgehalten. Das israelische Militär hält die Identität der Gefangenen geheim, was möglicherweise den Tatbestand des gewaltsamen Verschwindenlassens erfüllt. Sämtliche Personen, die im Gazastreifen festgenommen werden, gelten automatisch als „illegale Kombattanten“. Das

geht auf ein Gesetz aus dem Jahr 2002 zurück, das den Inhaftierten den Kriegsgefangenenstatus und damit einen gewissen Schutz nach den Genfer Konventionen abspricht. Eine von PCATI eingereichte Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz und eine Gesetzesverschärfung vom Dezember 2023, die es ermöglicht, sogenannte illegale Kombattanten 45 Tage ohne Haftbefehl, 75 Tage ohne richterliche Überprüfung und 90 Tage ohne Zugang zu einem Anwalt festzuhalten, ist anhängig.

Ein israelisches Guantanamo?

Für PCATI liegt nach allem, was über die Situation Gefangener aus Gaza in israelischen Militärlagern bekannt ist, der Vergleich mit Guantanamo nahe. Auch wenn sich Israel im Krieg befindet, muss klar sein: Das Verbot der Folter ist absolut – das heißt, es gilt uneingeschränkt. Selbst dann, wenn israelische Zivilist:innen seit Monaten als Geiseln im Gazastreifen festgehalten werden. Israel hat sich in mehreren internationalen Abkommen – etwa der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte oder der UN-Antifolterkonvention – zu diesem absoluten Verbot verpflichtet. Die internationale Staatengemeinschaft ist mitverantwortlich dafür, dass das Verbot eingehalten wird. Wenn sie es unterlässt, gegen diese schwersten Menschenrechtsverletzungen vorzugehen, macht sie sich mitschuldig.

GEGEN DAS UNRECHT

In Israel setzen sich unsere Partner:innen gegen Folter und für die Rechte von Inhaftierten ein. Das taten sie auch schon vor dem 7. Oktober 2023. In den letzten Monaten häufen sich jedoch Berichte von illegalen Massenverhaftungen, dem Aushungern Gefangener, von Misshandlungen und Verschwindenlassen. medicos Partnerorganisationen wie der Human Right Defenders Fund, die Physicians for Human Rights oder PCATI gehen rechtlich gegen Verbrechen in den regulären israelischen Gefängnissen und den Militäreinrichtungen vor. Sie verfassen Petitionen, sprechen mit Abgeordneten und organisieren Rechtsbeistand. Auch die Organisation HaMoked geht gegen Rechtsbrüche vor, wie beispielsweise die Vorenthaltung des Rechts auf Familienzusammenführung.

Spendenstichwort: Israel/Palästina



Birte Brodkorb ist Volljuristin und Kriminologin. Seit 2020 leitet sie den Bereich Internationale Beziehungen bei der medico-Partnerorganisation Public Committee against Torture in Israel (PCATI).

Jagd auf Geflüchtete

In der iranisch-türkischen Grenzregion herrschen Entrechtung und Gewalt. Ein Gespräch mit Hayrettin Alan und Samed Aydeniz



Hayrettin Alan und Samed Aydeniz vom Verein Ortakça.

Durch die Stadt Van im Osten der Türkei verläuft eine zentrale Fluchtroute für Menschen aus Afghanistan und Pakistan. Besonders in den letzten Jahren kommen aber auch viele Iraner:innen über die nahe gelegene Grenze. Ihr kümmert euch um benachteiligte Menschen in der Stadt und unterstützt Geflüchtete. Wie ist ihre Situation?

Hayrettin (H): Van ist seit mehr als drei Jahrzehnten ein neuralgischer Punkt für Flüchtende im Nahen Osten. Bewaffnete Auseinandersetzungen und Armut zwingen die Menschen aus den angrenzenden Ländern, aber auch innerhalb der Türkei, seit Jahren systematisch zur Flucht. Derzeit befinden sich etwa 3.000 registrierte Geflüchtete in Van, die Dunkelziffer

ist jedoch deutlich höher. Wie viele Menschen es genau sind, ist kaum zu sagen. Das liegt auch daran, dass es seit einigen Jahren eine sehr restriktive Abschiebepolitik in der Türkei gibt, buchstäblich eine Jagd auf Geflüchtete stattfindet. Viele werden nicht einmal registriert. Vor drei Jahren war die Situation in Van noch anders. Geflüchtete hielten sich relativ unbehelligt auf öffentlichen Plätzen, in Parks und am Busbahnhof auf. Manche brachen in Konvois Richtung Westen auf, andere zu Fuß. Die Stadt Van war ein Durchgangsort. Das ist nun nicht mehr so.

Samed (S): Heute befinden sich viele Arbeitsmigrant:innen aus Afghanistan in Van. Manche von ihnen lebten zuvor im Iran und haben ihre Situation dort nicht mehr ausgehalten. Hinzu kommen seit der Machtübernahme der Taliban Frauen und Kinder, die vor dem brutalen Regime fliehen. Ihre Situation ist besonders prekär, sie sind meist auf sich allein gestellt. Manche politische Geflüchtete aus dem Iran hingegen werden von ihren Familien und Freund:innen besucht und unterstützt. Allerdings fürchten sie den iranischen Geheimdienst, der hier sehr aktiv ist. Er entführt sogar manchmal Oppositionelle zurück über die Grenze, teilweise in Zusammenarbeit mit türkischen Beamten. Hinzu kommt, dass Van eine der ärmsten Regionen der Türkei ist. Es herrscht eine hohe Arbeitslo-

sigkeit. Das macht es Geflüchteten besonders schwer, über die Runden zu kommen.

Mit Geldern der EU werden sogenannte Rückführungszentren aufgebaut, in denen Geflüchtete vor der Abschiebung festgehalten werden. Auch in Van steht eines, dort sind Hunderte Menschen untergebracht. Wie ist ihre Lage?

H: Maßnahmen gegen Geflüchtete sind zur Routine geworden und werden in den großen Medien inszeniert. Es gibt keinerlei Rechtssicherheit für sie. Der EU-Türkei-Deal hat dazu beigetragen. Seit dem Abkommen haben Abschiebungen auch hier in Van systematisch zugenommen. Im Stadtzentrum führen Beamte regelmäßig Identitätskontrollen bei Menschen durch, die sie für Geflüchtete halten. Wenn wir das kritisch hinterfragen, sagen sie uns, sie müssten die Sicherheit in der Stadt gewährleisten. Insgesamt gibt es wenig Transparenz über den staatlichen Umgang mit Geflüchteten. Wir erhalten kaum verlässliche Informationen zu Abschiebungen. Zu den von der EU mitfinanzierten Abschiebeeinrichtungen haben Anwält:innen und Menschenrechtsaktivist:innen quasi keinen Zutritt. Uns erreichen immer wieder Berichte, dass es dort zu Vergewaltigungen und anderen Formen der Gewalt kommt. Offizielle Abschiebungen in den Iran haben wir in der letzten Zeit aber nicht beobachtet.

Ebenfalls mit EU-Unterstützung hat die Türkei eine über 1.000 Kilometer lange Mauer mit 341 Wachtürmen an der Grenze zum Iran errichtet, auch um Geflüchtete abzuwehren. Immer wieder wird von Erschießungen, Todesfällen und schweren Verletzungen im Grenzgebiet berichtet. Was erzählen euch Menschen, die diese Grenze überquert haben?

H: Seitdem es die Mauer gibt, ist die Flucht nach Van schwieriger und gewaltvoller geworden. Eine Frau erzählte mir erst kürzlich, wie sie beim Grenzübertritt vergewaltigt und ge-

schlagen wurde und dabei eine Fehlgeburt erlitten hat. Ihr Mann und sie wurden gefoltert. So etwas passiert an der Grenze systematisch. Wir erfahren von Erfrierungen, von Paaren, die ihre Kleinkinder beerdigen müssen, von Menschen, die von Sicherheitskräften aus beiden Ländern getötet werden, von Gewalt durch Schmuggler. Es gibt zudem kriminelle Banden, die Netzwerke von Afghanistan bis Deutschland haben und aus der Not der Flüchtenden Profit schlagen. Sie zwingen über 50 Menschen in einen Kleinbus und versuchen, auf Schleichwegen die Grenze zu passieren, ohne entdeckt zu werden. Dabei ereignen sich oft tödliche Unfälle. Immer wieder werden Busse vom Grenzschutz beschossen. Auf dem Van-See gab es in den letzten Jahren zwei Bootsunglücke mit fast 70 toten Geflüchteten. Seit 2019 haben Hunderte Menschen auf dem Weg nach Van ihr Leben verloren.

Was tut ihr unter solchen Bedingungen?

H: Es gibt in der Türkei keine offiziellen Hilfsangebote für afghanische und iranische Geflüchtete. Sie leben oft in schrecklicher Armut, niemand kümmert sich um ihre körperlichen und psychologischen Probleme. Hier in Van suchen wir den Kontakt zu ihnen. In unserem Vereinshaus treffen sich regelmäßig afghanische Frauen. Wir organisieren gemeinsame Essen und Ausflüge. Wir unterstützen Familien, die Angehörige oder ihre Kinder auf der Flucht verloren haben. Wir versuchen, dabei zu helfen, Leichen zu finden und zu identifizieren, denn oft werden sie anonym auf dem Friedhof begraben.

S: Migration ist für viele eine Reise in den Tod. Wir sind mit einer Familie in Kontakt, deren Kind beim Überqueren der Grenze gestorben ist. Sie waren gezwungen, es im Schnee zu begraben. Dabei sind die Finger der Eltern erfroren und später abgefallen. Die Tragödien gehen über den Tod hinaus. Wenn man es über die Grenze schafft, liegt das Leben oft in Trüm-

mern. Die Menschen wissen von diesen Risiken und machen sich trotzdem auf den Weg. Wir haben einen afghanischen Jungen kennengelernt, der sehr gut Türkisch sprach. Als wir ihn fragten, wo er die Sprache so gut gelernt habe, sagte er: „Während der Folter auf den Polizeistationen an der Grenze.“

Bei den Kommunalwahlen Ende März hat die linke DEM-Partei alle 14 Bezirke der Provinz Van gewonnen. Als der Staat ihre gewählten Ko-Bürgermeister:innen nicht ernennen und den Kandidaten der AKP einsetzen wollte, kam es zu massiven Protesten in der Stadt. Wie habt ihr diese erlebt?

H: Es gab in Van immer wieder Aufstände und Straßenproteste, um politische Forderungen durchzusetzen oder zu unterstützen – etwa während des Widerstands von Kobanê gegen den IS. 2016 wurde dann der Ausnahmezustand ausgerufen und in Van am härtesten durchgesetzt. Die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit blieb über Jahre eingeschränkt. Von 2016 bis zu den diesjährigen Kommunalwahlen am 31. März wurden unsere Ko-Bürgermeister:innen immer wieder abgesetzt und durch staatliche Zwangsverwalter ersetzt. Es gab reihenweise Festnahmen, gewählten Abgeordneten wurde ihr Mandat entzogen, Vereine wurden verboten. Es kam zu schweren Menschenrechtsverletzungen, Menschen wurden sogar aus fliegenden Militärhubschraubern geworfen.

S: Ich war 2019 in Ipekyolu, einem Ort im Umland von Van, Ratsmitglied für die linke HDP. Als der Bürgermeister von Van abgesetzt und durch einen Zwangsverwalter aus Ankara ersetzt wurde, haben wir demonstriert. Wir wurden festgenommen und misshandelt. 2024 hat sich die Bevölkerung nicht einschüchtern lassen. Die Menschen wollten eine neuerliche Zwangsverwaltung auf keinen Fall akzeptieren. Sie haben ihre Grundrechte verteidigt. Der

Widerstand gegen die Nichternennung der gewählten Bürgermeister:innen hat eineinhalb Tage gedauert. Es gab Hunderte Verhaftungen, sehr viele Menschen wurden schwer verletzt. Aber die Wut war groß. Menschen jeden Alters und mit unterschiedlichen politischen Ansichten waren gemeinsam auf der Straße. Als dann die Nachricht kam, dass die gewählten Ko-Bürgermeister:innen Abdullah Zeydan und Neslihan Şedal doch ihre Ernennungsurkunden erhalten würden, wurde das groß gefeiert.

Wird die neue Stadtregierung solidarischer sein mit den Geflüchteten?

H: Schon vor der Zeit der Zwangsverwalter wurden den Bürgermeister:innen ständig Steine in den Weg gelegt. Jetzt müssen sie ihre eigene, kurdische Kommunalpolitik neu aufsetzen. Ich bin mir nicht sicher, ob bei den vielen Problemen der Stadt die Situation der Geflüchteten Priorität hat. Aber ich hoffe, dass Vereinen wie uns die Türen zum Rathaus nun offen stehen und wir mit der neuen Stadtverwaltung besser zusammenarbeiten können. Anders als im Westen der Türkei ist der Rassismus gegen Geflüchtete hier nicht so stark verbreitet. Das lässt mich ein wenig hoffnungsvoller in die Zukunft blicken.

Das Interview führte Kerem Schamberger.

medico arbeitet seit dem vergangenen Jahr mit dem Verein Ortakça in Van zusammen. Die Aktivist:innen setzen sich für die Rechte von Geflüchteten ein und bieten Raum für Austausch und Gemeinschaftserlebnisse. Außerdem unterstützen sie mit Beratungsangeboten und sozialpsychologischer Hilfe.

Spendenstichwort: Flucht und Migration



Imad Mustafa ist seit Jahresbeginn medicos neuer Referent für Menschenrechte.

MISSION ACCOMPLISHED

Kommentar: Westliches Versagen in Afghanistan

„Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für den Terrorismus.“ Mit diesen Worten läutete der ehemalige US-Präsident George W. Bush im September 2001 den globalen „war on terror“ ein. Es folgten, mit deutscher Beteiligung, zwanzig Jahre Krieg und Besatzung in Afghanistan. Zwanzig Jahre Mobilmachung, die auf einem manichäischen Weltbild beruhte. Zwanzig Jahre Kriegspropaganda, die die Grundlage für den massiven Ausbau westlicher Sicherheitsapparate, die Verbreitung antimuslimischer Narrative sowie die Normalisierung von Kriegen in aller Welt bedeutete.

Heute, bald drei Jahre nach der erneuten Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, spricht kaum noch jemand über das Land. Die Folgen des überstürzten Abzugs für die ohnehin schlechte Menschenrechtslage interessieren kaum mehr. Die Versprechen, eine Demokratie aufzubauen und Freiheitsrechte zu garantieren, haben sich als hohle Phrase erwiesen. Der Westen steht vor dem Scherbenhaufen seiner eigenen Hybris.

In Deutschland riefen selbst das Erdbeben Ende 2023 mit mehr als 1.400 Toten und das aktuelle Hochwasser in Teilen des Landes kaum mehr Betroffenheit hervor. Und in den Nachrichtenspalten der großen Medienhäuser findet auch die aktuelle Hochwasser-Katastrophe kaum statt. Schwerer wiegt aber das politische Versagen Deutschlands bei der Aufarbeitung seiner eigenen Rolle im Afghanistan-Krieg. Der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages zur deutschen Beteiligung kritisiert zwar handwerkliche Fehler des Einsatzes, politisch bleibt er aber dem Ansatz treu, dass deutsche Interessen weiterhin mit militärischen Mitteln durchzusetzen sind.

Hinzu kommt, dass Afghan:innen auf der Flucht vor dem Taliban-Regime gefährliche Fluchtrouten durch Iran und die Türkei nehmen müssen, wo sie oftmals willkürlichen Verhaftungen und Folter ausgesetzt sind. Das groß angekündigte Bundesaufnahmeprogramm für Afghan:innen könnte für Schutz sorgen – doch das Bürokratiemonster ist lediglich ein Feigenblatt. Nur wenige Hundert Menschen aus Afghanistan durften seit Oktober 2022 einreisen. Das Schicksal der Menschen in Afghanistan scheint hierzulande nur dann zu interessieren, wenn man damit Kriegseinsätze begründen kann.

Imad Mustafa

Grüner wird's nicht



Foto: Arianto Sangaji

Der Tagebau zur Gewinnung von Nickel verwandelt Wälder in Mondlandschaften.

In Indonesien gefährden Großprojekte die Umwelt und die Existenzbedingungen der Menschen. Was haben sie mit der Energiewende zu tun?

Von Hendrik Slusarenka

Die Regenzeit bringt Schauer auf Schauer. Aber niemand der Guardians of the Lake, der „Wächter des Sees“, hat es eilig zu gehen. Am Ufer des Poso-Sees im idyllisch gelegenen Institut Mosintuwu sitzen die Aktivist:innen aus den Dörfern der Gegend zusammen. Mit ihren schwarzen T-Shirts, Mützen und dunklen Regenjacken, bedruckt mit Logos und Slogans der letzten Demonstrationen, wirken sie wie eine in die Jahre gekommene, aber gut gelaunte Untergrundgruppe. Es wird viel gelacht an diesem Abend, aber auch mit großem Ernst und noch größerer Sorge diskutiert. Im Zentrum steht ihr Widerstand gegen ein Maudammprojekt. Der im Bau befindliche Staudamm PLTA-Poso bedroht den See – den drittgrößten des Landes – und seine einzigartige Artenvielfalt. Damit gefährdet er auch die Lebensgrundlage und Kultur der Menschen in den Anrainer-Dörfern. Yombu Wuri, einer der Wortführer, muss schmunzeln, als er sagt, sie seien doch keine Rebellen. Der Bau des Staudamms habe sie faktisch gezwungen, sich zu organisieren. Seit 2019 kämpfen sie. „Die Betreiber sagen, der See sei nur Wasser“, erklärt Wuri. „Er ist aber keine Ware. Er ist unser Leben.“

Als die erste Staustufe des Wasserkraftwerks am Ablauf des Sees fertiggestellt war, begannen die Probleme für die Menschen in der Region: Ohne Vorwarnung stieg das Wasser. Reis-

felder wurden überschwemmt und Ernten vernichtet. Büffel drängten sich auf letzten trockenen Flecken Erde, viele verhungerten. Um mehr Druck auf die Turbinen zu erzeugen, wird der See dennoch weiter ausgebaggert. Das einzigartige Ökosystem des Sees, zwei Millionen Jahre alt, und mit ihm die Fischerei, von der die Menschen hier leben, werden zerstört.

Kleine Siege

Einige der überschwemmten Reisfelder gehören Mama Ayu und ihrem Mann. Wir treffen sie einige Kilometer weiter südlich am Ufer des Sees. Die Demonstrationen gegen den Staudamm haben sie hoffen lassen, das Unternehmen würde dem Druck nachgeben, erzählt Mama Ayu. Vergeblich. Der Wasserpegel sank nicht, es folgten zwei Jahre ohne Ernte. Ihre Schulden wuchsen. So sei es vielen in den betroffenen Dörfern ergangen. Angesichts der finanziellen Nöte wandelte sich der Protest: Es ging für die Bäuer:innen und Viehhalter:innen nun auch um Entschädigungen und deren Höhe. Nach zwei Jahren des Protests zahlte das Unternehmen sogar – nur war es viel zu wenig. Mama Ayu konnte nicht mal ihre Schulden begleichen, geschweige denn neu anfangen. „Wir sind Reisbauern und mussten uns verschulden, um etwas Reis auf dem Tisch zu haben.“

Inzwischen sind zwei der geplanten vier Stufen des Wasserkraftwerkes errichtet, aller Gegenwehr der Anwohner:innen zum Trotz. Aber die Guardians haben auch kleine Siege errungen. Neben einer Erhöhung der Entschädigungen haben sie erreicht, dass der See nicht ganz so weiträumig ausgebaggert wird wie ursprünglich geplant. Vor allem aber ist es ihnen gelungen, in einer Region, die um die Jahrtausendwende von einem Konflikt zerrissen wurde, der über Tausend Menschen das Leben gekostet hat, die Dörfer zu organisieren und im Widerstand gegen das Megaprojekt zusammenzubringen. Einer Meinung sind jedoch

auch heute nicht alle. Gerade junge Menschen erhoffen sich von Infrastrukturprojekten Arbeit und Aufstiegsmöglichkeiten. Unermüdlich weisen die Guardians auf die massiven Konsequenzen des Staudamms hin und setzen sich für gerechte Lösungen ein. Dafür ist noch viel zu tun: Während die betroffenen Dörfer mit billigen Entschädigungen abgespeist werden, gehen die Gewinne der Energieerzeugung am See an das private Unternehmen PT Poso Energy, das einem der reichsten Unternehmer des Landes gehört. Die Wächter des Sees müssen sich dabei auch gegen den Vorwurf wehren, sie stellten sich dem Fortschritt mit grüner, sau-



Mit medico-Partner:innen am Lake Poso.

berer Energie in den Weg. „Wie kann diese Energie grün sein, wenn ihre Erzeugung den See zerstört, Lebensgrundlagen vernichtet und Ungerechtigkeit produziert?“, fragt Yombu Wuri und betont: „Wir sind keine Trottel, die sich per se gegen jede Entwicklung stellen. Wir sorgen uns um die Balance des Lebens.“

Aus der Balance

Die Konsequenzen dieser Entwicklung werden im Dorf Kurisa an der Ostküste Sulawesis besonders deutlich. Von dem kleinen Fischerdorf, das Kurisa einmal war, ist nichts mehr übrig. Statt seiner wurde ein gigantischer Industriepark, der Indonesia Morowali Industrial Park [IMIP], aus dem Boden gestampft. Gegründet wurde er vor zehn Jahren, vor allem mit Hilfe chinesischer Investitionen. Heute befindet sich hier der größte Abbau- und Umschlagplatz von Nickel in Indonesien. Die Ausmaße der Anlagen sind gewaltig: Förderbänder, Schlotte, Walzen, Hafenanlagen mit unzähligen Kränen so weit das Auge reicht, überall quillt Rauch aus Schornsteinen. Es ist sehr laut und extrem heiß. Auf den staubigen Straßen schlängeln sich Tausende Arbeiter:innen in beigen Overalls und gelben Bauhelmen auf Motorrollern durch den Verkehr. Überall werden Masken gegen den heimtückischen Kohlestaub verkauft. Auf dem Meer vor dem Industriekomplex schaukelt eine Jacht sanft im Wasser. Weiter draußen, auf einer vorgelagerten Insel, ist ein Luxusresort entstanden. Hier residiert das obere Management von IMIP, der Blick geht aufs Meer, weg von den Umweltbelastungen und den gefährlichen Arbeitsbedingungen im Industriepark und den umliegenden Abbaugebieten.

Mit diesen ist die kleine NGO Yayasan Tanah Merdeka [YTM] tagtäglich konfrontiert, wie ihr Direktor Richard Fernandes Labiro berichtet. YTM unterstützt sowohl die Dorfbewohner:in-

nen, die unter der angesiedelten Industrie leiden, als auch die Arbeiter:innen in den Schmelzen und Minen, legale wie illegale. Fast jeden Tag ereignen sich im IMIP Unfälle. Allein im vergangenen Jahr starben 36 Menschen, sagt er. Gewerkschaftliche Organisation ist aufgrund von Einschüchterungen und Polizeigewalt schwierig. Unternehmen wie Politiker:innen seien daran interessiert, dass die Räder sich möglichst ohne Reibung weiterdrehen. Als es Anfang 2023 Proteste gegen die Arbeitsbedingungen gab, wurden diese von Hunderten Sicherheitskräften beendet, zwei Arbeiter kamen ums Leben. Selbst Staatspräsident Jokowi sah sich zu der Forderung genötigt, dass der Vorfall aufgeklärt werden müsse. Die Produktion aber läuft und läuft und läuft weiter – auf Kosten von Mensch und Natur.

Die Rückseite der Energiewende

Wir sprechen mit Azlin, einem jungen Mann, der in Kurisa aufgewachsen ist. Er steuert sein Boot durch den Hafen und deutet auf ein Stück Küste: Hier habe er als Kind mit seinen Freunden getaucht, das Wasser war klar und reich an Fischen. Später habe er als Fischer Geld verdient, erst nahe der Küste, dann immer weiter draußen. Doch selbst dort lohne es sich nicht mehr. Mit der Verschmutzung verschwänden auch die Fische. „Ich will, dass die Unternehmen endlich Verantwortung übernehmen“, sagt Azlin. „Wir wollen keine Kompensation, sondern frische Luft und sauberes Wasser.“ Keine Entschädigung ohne Gerechtigkeit, auch hier. Nachdem seine junge Familie vor ein paar Jahren ein schlichtes Haus am Rand von Kurisa gebaut hatte, entstand keine zehn Meter entfernt eine neue Baustelle. Heute produziert hier ein Kohlekraftwerk Energie für die Nickelproduktion. Der Kohlestaub legt sich auf alles in der Umgebung. Indonesien besitzt die weltweit größten Nickelvorkommen. Vom Industriepark aus wird das

begehrte Metall auf die globalen Märkte gebracht. Verstärkt aber setzte man in Südostasien darauf, die Wertschöpfung im Land zu behalten. So wurde der Export von Roherzen bereits 2014 verboten. Seitdem haben sich diverse Unternehmen auf Sulawesi und im weiteren Archipel angesiedelt. Ziel ist es, nicht mehr nur für den Weltmarkt zu produzieren, sondern bis 2030 auch eigene Elektroautos herzustellen. Damit setzt das Land um, was vom Globalen Süden seit Jahrzehnten angestrebt wird: Nicht mehr nur Lieferant von Rohstoffen für die Industrienationen zu sein, sondern diese selbst in

Wert zu setzen. In Kurisa aber wird deutlich, dass das der Abbauregion und der breiten Bevölkerung nicht automatisch hilft. Im Gegenteil: Quasi der gesamte Gewinn fließt in die Hauptstadt Jakarta, den Profit streichen große Konzerne und Investoren ein.

Grüner Kapitalismus?

Nickel ist unabdingbar für das, was weltweit als klimafreundliche Mobilität verkauft wird: Es wird für die Batterien von Elektroautos benö-



Im Institut Mosintuwu werden Pläne gegen den Raubbau an der Natur geschmiedet.

tigt und damit für das Versprechen, individuelle Freiheit und Luxus erhalten und gleichzeitig die Welt retten zu können. In Kurisa aber zeigt sich, wie trügerisch diese Rechnung ist. Die Nickelindustrie verbraucht enorme Mengen an Energie. Und diese wird im IMIP wie in ganz Indonesien maximal klimaschädlich aus Kohle gewonnen. Arianto Sangadji, der seit Jahren zu Minen in Indonesien forscht, macht die Größenordnung deutlich: Allein die Nickelindustrie im IMIP verbrennt ein Drittel der Menge an Kohle, die in ganz Deutschland verfeuert wird. Arianto Sangadji kann nur den Kopf darüber schütteln, dass der indonesische Staat und die Investor:innen zukünftig angeblich verstärkt klimafreundliche Energie nutzen und damit die Industrie und das Nickel grüner machen wollen. Der Wissenschaftler glaubt nicht daran, zumal der Nickel-Boom nicht von Dauer sein wird.

Außerhalb des Industriegebietes und an vielen anderen Orten auf Sulawesi prägen riesige Tagebaue die hügelige Landschaft. Wälder werden gerodet, Böden umgewälzt und das Nickel aus der Erde geholt. Die Szenerie erinnert an die Mondlandschaften von Garzweiler. Wie bei Kohle lassen sich auch mit dem Abbau von Nickel schnell Profite machen. Die Auswirkungen des Tagebaus aber sind langfristig: Erdbeben und Überschwemmungen nehmen zu, die Region kann sich zusehends weniger vor Extremwetter schützen. Das Gegenteil von Klimaanpassung. Auch deshalb verlangt das Mining Advocacy Network JATAM eine umfassende Überprüfung des IMIP durch unabhängige Stellen. So könne gezeigt werden, dass die hier entstandene Industrie viel höhere Kosten verursacht, als in den Bilanzen der Unternehmen auftauchen. „Die wahren Kosten werden von den Menschen getragen, die hier leben“, unterstreicht Imam Shofwan von JATAM. Seine Forderung ist unmissverständlich: „Lasst das Zeug im Boden, es ist zu teuer!“

Solange das nicht passiert, versuchen kleine Organisationen wie YTM oder JATAM gemeinsam mit den Dorfbewohner:innen und Arbeiter:innen dafür zu sorgen, dass die Vernutzung von Mensch und Umwelt aufgehalten oder – sie sind realistisch – wenigstens verlangsamt wird. Yombu Wuri von den Guardians of the Lake am Poso-See sagt es so: „Wir kämpfen nicht für das Ergebnis. Wir wissen, wie mächtig die andere Seite ist. Wir kämpfen, um zu zeigen: Wir sind hier, wir existieren!“



Hendrik Slusarenka ist bei medico in der Abteilung für transnationale Kooperation für das Thema Klimagerechtigkeit zuständig. Die medico-Partner:innen in Indonesien hat er im Januar besucht.

Am stärksten betroffen und am wenigsten verantwortlich: Die medico-Partner:innen in Indonesien kämpfen mit den Auswirkungen der Klimakrise, wie zuletzt bei den Überflutungen in Sulawesi, als sie Hilfe für Betroffene organisierten. Außerdem organisieren sie Proteste gegen zerstörerische Großprojekte und für eine demokratische Nutzung natürlicher Ressourcen.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit

Ungleich unter Wasser

Überschwemmungen in Kenia treffen die Ärmsten.
Eine medico-Partnerin über die Situation in Mathare, dem ältesten Slum Nairobis

Von Wanjira Wanjiru

Es regnet noch immer und das Wasser steigt weiter. Mit jedem Regen werden die Häuser in Mathare erneut geflutet. Glücklicherweise ist in den letzten Tagen niemand mehr gestorben, die Menschen sind wachsamer geworden. Viele vermeiden es zu schlafen, um nicht vom Wasser überrascht zu werden. Die vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Zelte, in denen die Menschen schlafen, sind ebenfalls überflutet. Es gibt dort weder Toiletten noch Bäder. Die größte Angst der Bewohner:innen ist im Moment die Verunreinigung des Wassers. Durch die Überschwemmungen ist viel Abwasser in den Fluss gelangt. Mediziner:innen warnen vor einem Choleraausbruch. Schon jetzt leiden viele Menschen an Infektionen. Wir sind dabei, mit anderen Organisationen ein medizinisches Lager aufzubauen, in dem sich Menschen ihre Medikamente besorgen können und eine basale Gesundheitsversorgung erhalten.

Dass es so viel geregnet hat, hängt mit El Niño und der Klimakrise zusammen. Aber das Ausmaß der Zerstörung in Mathare hat andere Ursachen. Sie ist vor allem Folge schlechter Planung und struktureller Gewalt. Expert:innen haben früh vor den schweren Regenfällen gewarnt. Im November letzten Jahres wurden 8,2 Milliarden Shilling (etwa 58 Mio. Euro) für Katastrophenmanagement bereitgestellt. Aber in

Mathare ist nichts davon angekommen. Mit den Überschwemmungen wird noch deutlicher, dass die Armen auf sich allein gestellt sind. Kommt Hilfe von außen, dann meist nur für ein paar schöne Bilder. Immer kurz vor den Wahlen kommen Politiker nach Mathare und spielen mit

Die Zerstörung liegt nicht am Klimawandel. Sie liegt an schlechter Planung und struktureller Gewalt.

der Hoffnung der Menschen. Zum Beispiel war der Vizepräsident kürzlich hier und brachte 500 Matratzen – viel zu wenig für die Zahl der Betroffenen. Und was geschah damit? Der Chief der Community eignete sich die Matratzen an und verkaufte sie weiter.

Im letzten Jahr haben wir eine Kampagne mit dem Slogan „Let the River flow“ organisiert und uns für einen sauberen Fluss sowie für Parks entlang des Flusses eingesetzt. Mit einem Flussfest haben wir versucht, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Häuser und Wellblech-



Der zum reißenden Strom angeschwollene Mathare River hat Menschen und Häuser mit sich gerissen.

hütten entlang des Wassers nicht sicher sind. Wir haben davor gewarnt, dass eine Überschwemmung katastrophale Folgen haben würde. Aber wohin sollen die Menschen gehen, wenn wir sie auffordern, das Flussufer zu verlassen? Die Unterkünfte entlang des Flusses und in Mathare haben für die Bewohner:innen große, teilweise historische Bedeutung. Land wurde dort über Generationen weitergegeben.

Und einige Leute haben das Land von der Regierung verkauft bekommen, sogar die Anrainergrundstücke. Seit zehn Jahren setzen wir uns für menschenwürdige Wohn- und Lebensverhältnisse ein. Das ist es, was wir unter sozialer Gerechtigkeit verstehen: das Recht auf Wohnung, das Recht auf Wasser, das Recht auf angemessene Gesundheitsversorgung, das Recht auf Nahrung.



In einer Regenspause wird die Wäsche endlich trocken.

Mathare ist ein Tieflandgebiet. Während der Kolonisierung wurde das Hochland von den Weißen eingenommen, das Tiefland den Einheimischen überlassen, die als Arbeitskräfte dienten. Auch nach der Unabhängigkeit Kenias lebten die Menschen weiter im Tiefland. Doch langsam gibt es Bestrebungen, Land zurückzufordern. Die Mehrheit der Menschen in Kenia ist nach wie vor landlos. Dabei hat Land für die Menschen große Bedeutung. Denn wenn man Land hat, hat man ein Haus, einen Garten und kann sich selbst ernähren. Wenn man kein Land hat, wird man anfällig für Ausbeutung. Das Recht auf angemessenen Wohnraum ist in der kenianischen Verfassung verankert.

Wir haben gesehen, was in Mukuru kwa Njenga, einem benachbarten Slum, passiert ist. Die Regierung hat unsere Freund:innen dort gewaltsam vertreiben lassen, um Platz für „bezahlbaren Wohnraum“ zu schaffen. Aber wann und für wen soll es diesen geben? Es war wie ein Krieg. Jugendliche kämpften darum, ihre Häuser behalten zu können. Als unsere Leute in Mathare hörten, dass auch hier „bezahlbarer Wohnraum“

geschaffen werden sollte, haben sie Angst bekommen. Aber sie begannen auch, sich zu organisieren. Dann kamen die Überschwemmungen. Im Slum Kiamaiko ließ die Regierung ohne Vorankündigung Häuser und Unterkünfte entlang der Flusssufer abreißen. Die Häuser der Armen werden abgerissen und die Menschen werden aufgefordert, in höher gelegene Gebiete zu ziehen. Eine echte Alternative oder Entschädigung wird ihnen aber nicht geboten.

Nach der Flut die Vertreibung?

Gestern war der Präsident hier und sagte, dass alle Menschen, die freiwillig vom Flusssufer wegziehen, 10.000 Shilling (70 Euro) Entschädigung erhalten sollen. Niemand traut diesen Versprechen und niemand zieht freiwillig um, ohne zu wissen, wohin. In wohlhabenden Vierteln gibt es auch Grundstücke am Fluss, aber dort muss niemand gehen. Das ist eine ungleiche Anwendung des Gesetzes. Der Präsident hat auch verkündet, man werde bezahlbare Häuser für die Bewohner:innen von Mathare bauen. Was pas-

siert also? Die Regierung stellt das Land Unternehmen zur Verfügung, die dort Häuser bauen und sie verkaufen. Diese Häuser kosten Millionen Shilling. Niemand aus Mathare kann sie sich leisten. Für wen werden diese „bezahlbaren Häuser“ also gebaut? Wir überlegen gerade, ob Menschen aus Mathare diese Häuser besetzen können. Denn sie werden in unserem Namen gebaut.

Wir planen gerade Gedenkbäume am Flussufer zur Erinnerung an die Toten. Aber die Menschen haben auch das Bedürfnis, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Wären bessere, wirklich bezahlbare Häuser gebaut worden, hätten die katastrophalen Folgen der Überschwemmungen verhindert werden können. Deshalb kümmern wir uns um eine Analyse der Ursachen für die Zerstörung durch die Sturzfluten und eine „Public Interest Litigation“, eine Klage zur Wahrung des öffentlichen Interesses. Wir wollen die Regierung vor allem für den Verlust von Menschenleben zur Rechenschaft ziehen. Die Bewohner:innen von Mathare haben Kinder, Ehepartner:innen verloren. Wir können uns nicht damit abfinden, dass es sich um eine Naturkatastrophe handeln soll. Die Menschen sind wütend. Deshalb werden wir morgen eine Demonstration veranstalten.

PS der Redaktion: Die Demonstration, die Wanjira Wanjiru im Text ankündigt, wurde von einem massiven Polizeiaufgebot angegriffen. Alle im Mathare Social Justice Centre anwesenden Aktivist:innen sind vorübergehend verhaftet worden.



Wanjira Wanjiru hat 2014 das Mathare Social Justice Centre (MSJC) mitgegründet, das von medico unterstützt wird. In dem Slum, in dem eine halbe Million Menschen lebt, hat sich das MSJC zu einem Ort sozialer Bewegungen und des Community Organizing entwickelt.

ÜBERFLUTUNG ÜBERALL

Kenia ist kein Einzelfall. Nahezu zeitgleich haben extreme Niederschläge auch in anderen Teilen der Welt für Verwüstung und Tod gesorgt – in Indonesien [siehe S. 47], Afghanistan und Brasilien. Überall bewahrt sich: Die Klimakrise verursacht dort die schwersten Schäden, wo Gemeinden am wenigsten geschützt und abgesichert sind. Im Süden Brasiliens haben die schwersten Überschwemmungen seit 80 Jahren 150.000 Menschen zur Flucht gezwungen. medico-Partnerorganisationen leisten dort Soforthilfe: Die Wohnungslosenbewegung MTST nutzt die Struktur ihrer Solidarküchen in Städten wie Porto Alegre, um dort Mahlzeiten und Hilfspakete zu verteilen. Die Landlosenbewegung MST versorgt vor allem in ländlichen Gebieten Familien mit dem Nötigsten. In Afghanistan sind mehr als 300 Menschen durch Sturzfluten ums Leben gekommen und Tausende Häuser beschädigt. Die regierenden Taliban leisten zwar Nothilfe, allerdings selektiv: Unliebsame Gruppen bleiben ausgeschlossen. Vom Exil in Kanada aus unterstützt die medico-Partnerorganisation AHRDO Freiwillige in den benachteiligten Gebieten und verteidigt so die Maxime, dass Hilfe alle erreichen muss.

Spendenstichwort: Nothilfe

Das Interview.
Fragen an Nathan Thrall

Wer
dort war,
ist ent-
setzt



Der US-amerikanische Autor, Essayist und Journalist Nathan Thrall stellt im medico-Haus sein Buch „Ein Tag im Leben von Abed Salama“ vor, für das er am Abend zuvor den Pulitzer-Preis verliehen bekam. Nach der kurzfristigen Absage des eigentlichen Veranstaltungsortes sind wir eingesprungen, um die Buchvorstellung noch zu ermöglichen.

„

Sie haben für Ihr Buch „Ein Tag im Leben von Abed Salama“ gerade den renommierten Pulitzer-Preis gewonnen. Kurz vorher hat der Frankfurter Club, in dem Sie das Buch eigentlich vorstellen sollten, die Veranstaltung ohne Begründung abgesagt. Was sagen Sie zu Ihrer deutschen Erfahrung?

Mich hat tief beeindruckt, wie sehr Deutschland bereit ist, das Grundrecht der Redefreiheit einzuschränken, um Israel vor Kritik zu schützen. Ich war ziemlich schockiert, dass meine Veranstaltung in Frankfurt ohne irgendeine Erklärung abgesagt wurde, und zwar von Leuten, die keine substantziellen Einwände vorbringen konnten und ohnehin mein Buch nicht gelesen hatten. Es ging um eine Buchpräsentation, ein

Gespräch. Mich überrascht, dass eine solche Veranstaltung in einer demokratischen Gesellschaft nicht stattfinden darf.

Gibt es einen Unterschied zwischen der gegenwärtigen Debattenkultur in den USA und Deutschland?

Die Debatte in den USA lässt ein viel breiteres Meinungsspektrum zu. Nichtsdestotrotz verzeichnen auch wir eine viel zu hohe Zahl an Sprech- und Auftrittsverboten, wenn es um Kritik an Israel geht. Ich habe das selbst im letzten Herbst erlebt, als ich an die Universität von Arkansas eingeladen wurde und vorab unterschreiben sollte, dass ich keine Boykottforderung gegen Israel unterstütze. Das zu unterschreiben, sei ein Staatsgesetz. Auch die USA geben also kein rosiges Bild ab. Trotzdem ist bei uns die Debatte viel breiter als in Deutschland, die sehr starken Restriktionen unterliegt.

Liegt das auch daran, dass die jüdischen Gemeinden in den USA viel diverser sind als in Deutschland?

Das ist sicher entscheidend. Die jüdische Community in den USA repräsentiert ein breiteres Meinungsspektrum. Und die jüdische Linke ist viel stärker, sie kann nicht ohne Weiteres zum Schweigen gebracht werden. Auch die palästinensische Community in den USA spricht mit einer starken Stimme. Jetzt kommen noch die Studierenden-Proteste hinzu. Es gibt eine Massenmobilisierung für Palästina in den USA. Vor diesem Krieg hätte man sich das nicht vorstellen können.

Zu Ihrem Buch: Ausgangspunkt Ihres Romans über die Situation in der Westbank ist ein tragischer, aber stinknormaler Busunfall. Warum haben Sie sich dafür interessiert, statt für die Themen, die die Schlagzeilen bestimmen, wenn es um Israel und Palästina geht?

Die Idee zu diesem Buch hatte ich aus einer starken Frustration heraus. Denn es gibt für Is-

rael/Palästina nur dann weltweite Aufmerksamkeit, wenn es mal wieder zu schrecklicher Gewalt kommt. Angesichts der Gewalt ruft die ganze Welt sofort nach der Wiederherstellung der Ruhe. Ich aber wollte zeigen, wie diese vermaledete Ruhe für die palästinensische Bevölkerung aussieht. Ihre Situation hat mit „Ruhe“ nichts zu tun. Das Leben der palästinensischen Bevölkerung ist von einem extrem ungerechten und unterdrückerischen System von Kontrolle geprägt, das immer wieder neue Runden von Blutvergießen hervorrufen wird, solange es nicht verändert wird. Ich erzähle im Buch die Geschichte eines Busunglücks, bei dem Kindergartenkinder aus dem Großraum Jerusalem zu Schaden kamen. Ich lebe in Jerusalem. Diese Kinder und ihre Familien leben zwei Kilometer entfernt von mir. Auf der anderen Seite einer fast acht Meter hohen Betonmauer. Sie leben auf engstem Raum in einer Gemeinde mit 130.000 Einwohner:innen, die willentlich vernachlässigt wird. Die Betonmauer umgibt die Gemeinde auf drei Seiten. Die vierte Seite bildet eine Straße: Auf der einen Seite dürfen nur Israelis fahren, auf der anderen, durch eine hohe Mauer abgetrennten Seite die Palästinenser:innen. Man nennt sie gemeinhin die „Apartheidstraße“. Diese Gemeinde ist also komplett von einer Mauer umgeben und durch einen Checkpoint geht es für all jene nach Jerusalem, die über eine entsprechende Erlaubnis verfügen. Am anderen Ende der Stadt gibt es einen weiteren Übergang, den alle benutzen dürfen. Mit diesen zwei Checkpoints kann man die ganze Siedlung abschließen. Es braucht dafür vier Soldat:innen.

...und dort spielt die Geschichte Ihres Buches?

Die Geschichte spielt in der Gemeinde Anata, zu der auch das Flüchtlingslager Shu'afat gehört. Ein Teil von Anata wurde 1967 annektiert, aber man muss Expert:innenwissen haben, um zu erkennen, wo es sich um palästinensisches

und wo es sich um von Israel annektiertes Gebiet handelt. Die im annektierten Gebiet lebenden Bewohner:innen zahlen Steuern an den israelischen Staat. Aber sie bekommen kaum staatliche oder städtische Dienstleistungen, eine israelische Ambulanz kommt nur mit militärischem Begleitschutz hierher. Die Menschen und ihre Kinder haben weder Spielplätze noch Bürgersteige, die meisten Straßen sind seit Jahrzehnten nicht repariert worden. Die Hauptstraße ist so eng, dass ich meinen Seitenspiegel einklappen muss, wenn mir ein Bus entgegenkommt. Es fehlen öffentliche Schulen. Wenn man den richtigen Personalausweis hat, kann man seine Kinder in eine Schule nach Ostjerusalem schicken. Allerdings müssen sie dann täglich den Checkpoint passieren. Oder man schickt sie auf eine private Schule im nicht annektierten Teil der Stadt. Und an dieser Schule beginnt die Geschichte. Wenn diese Kinder auf einen Spielplatz wollen, müssen sie mit einem Bus über kurvenreiche Straßen in die Außenbezirke von Ramallah fahren. Bei einem dieser Ausflüge ereignete sich der Unfall, bei dem fünf Kinder sowie eine Lehrerin ums Leben kamen. Was dieser Unfall und seine tragischen Folgen mit dem System der Besatzung zu tun haben, schildere ich in meinem Buch.

Auch die kafkaeske Bürokratie, die mit der Besatzung einhergeht, ist Gegenstand Ihres Buches. Warum ist es wichtig, so tief in diese Form der Kontrolle einzudringen?

Es ist wichtig, das zu verstehen, weil es sich um eine moralische Katastrophe handelt, die jeder und jede nach einem halben Tag in der Westbank sehen und verstehen kann. Wer dort war, ist entsetzt. Denn das Kontrollsystem ist ganz offensichtlich. Dieses System existiert seit mehr als einem halben Jahrhundert und wird von Europa und den Vereinigten Staaten gebilligt und unterstützt. Die Bevölkerungen von Europa und den Vereinigten Staaten sind Kom-

pliz:innen dabei, ein System zu erhalten, das sie, wenn sie es mit eigenen Augen kennenlernen würden, auf keinen Fall akzeptieren würden. Der einzige Weg, dass Menschen, die nicht vor Ort sind, verstehen, was dort passiert, besteht darin, ihnen am Beispiel einzelner Schicksale die Lebensumstände, die durch dieses System geprägt sind, näherzubringen. Man muss verstehen, wie dieses System selbst intimste Bereiche des alltäglichen Lebens prägt.

Sie haben sehr häufig Gaza besucht und teilweise auch dort gelebt. Was ist der Unterschied zwischen der weitverbreiteten Wahrnehmung von Gaza als islamistischer Stützpunkt und Ihrer Erfahrung vom Leben dort?

Die öffentliche Wahrnehmung in unseren Ländern von Gaza als einem Ort, der von Hass und kriegerischer Gewalt geprägt ist, ist vollkommen verkehrt. Die meisten der 2,3 Millionen Bewohner:innen sind ganz normale Menschen, die ihr alltägliches Leben in einer von Zäunen und Mauern umgebenen Enklave leben. Nur sehr wenige von ihnen können ihr entfliehen. Ich habe viele Berichte über Gaza für die International Crisis Group geschrieben und war deshalb häufig dort. Mir ist vor allen Dingen die Wärme in Erinnerung, mit der die Menschen mich empfangen haben. Sie waren glücklich, über mich in Kontakt mit der Welt draußen zu kommen. Sie sind isoliert und wollen deshalb unbedingt eine Ahnung davon bekommen, wie das Leben außerhalb des Käfigs aussieht, in dem sie leben. Zudem ist Gaza das urbane palästinensische Zentrum. 70 Prozent der Bevölkerung sind palästinensische Flüchtlinge von 1948. Gaza hat deshalb eine ganz andere, viel dynamischere Gesellschaftsstruktur als eine Stadt in der Westbank, in der traditionelle Familienbindungen noch sehr stark sind.

Was wird passieren, wenn die „Ruhe“ in Gaza wiederhergestellt ist?

Die Zukunft für Gaza sieht düster aus. Es wird

viele Jahre dauern, bis die Infrastruktur wiederhergestellt und der Schutt beseitigt ist. Es gibt so viele intern vertriebene Menschen ohne Wohnraum, keine Regierungsstrukturen und eine riesige Unsicherheit. Das alles wird viele Jahre anhalten.

Sie sagten bei der Buchvorstellung im medico-Haus, dass Sie die Debatten um eine Lösung des Konflikts ablehnen. Warum?

Sie lenken ab von der Wirklichkeit vor Ort. Alle diese Vorschläge – Zwei-Staaten-Lösung, Ein-Staaten-Lösung, Konföderation – sind weit davon entfernt, realisiert zu werden. Wir bewegen uns keinen Millimeter in diese Richtung. Stattdessen läuft alles auf eine weitere Landnahme Israels hinaus. Es findet eine Absorption der Siedlungen im Westjordanland in das israelische Kerngebiet statt und eine immer weitere Verschärfung der Restriktionen gegen Palästinenser:innen in den Enklaven der Westbank und im Gazastreifen. Die Debatte um mögliche Lösungen wird von Menschen geführt, die eigentlich den Status quo erhalten wollen. Die ganze Welt diskutiert über Lösungsvorschläge, während Israel in Zeitlupe die Westbank übernimmt. Der Friedensprozess, von dem alle reden, ist wie eine Karotte, die man einem Esel vor die Nase hält, damit er weitertritt. Er wird niemals die Karotte essen dürfen.

Vor dem schrecklichen Hamas-Angriff vom 7. Oktober und der Kriegsantwort Israels schien die Welt die dauerhafte Unterdrückung der Palästinenser:innen hinzunehmen. Nun liegt die Palästina-Frage wieder auf dem Tisch. Ist eine Rückkehr zur „Ruhe“ angesichts der vergangenen Monate noch vorstellbar?

Sie fragen, ob die Welt weiterhin die über 50-jährige Besatzung in der Westbank und die Blockade von Gaza akzeptiert? Davon gehe ich aus. Nach all den Kriegen in Gaza ist man immer wieder zu diesem Status quo zurückge-

kehrt. Der Krieg endet und die sogenannte Ruhe wird wieder hergestellt. Das ist das wahrscheinlichste Szenario. Diese Ruhe wird von den führenden Menschenrechtsorganisationen der Welt sowie in Israel und Palästina als Apartheid bezeichnet. Dieses System wird bleiben und die Welt wird sehr wenig unternehmen, um es zu ändern. Um das zu ändern, bräuchte es eine Revolution. Wenn selbst heute, da Millionen Menschen gegen das Abschlachten in Gaza protestieren und der gegenwärtige US-Präsident aufgrund seiner Unterstützung der israelischen Regierung die Wahl verlieren könnte, nichts passiert, um das System zu ändern, dann wird es noch viel schwieriger, irgendetwas zu ändern.

Sie sind ursprünglich aus persönlichen Gründen nach Israel gekommen. Warum blieben Sie und engagieren sich seither in diesem Konflikt?

Ich fühle mich moralisch verantwortlich. Das Unterdrückungssystem wird durch meine Steuern als US-Bürger finanziert. Außerdem behauptet Israel, all das zu tun, um mich als Jude zu schützen. Aus diesem Grund fühle ich mich, ob ich will oder nicht, für diese große Ungerechtigkeit verantwortlich. Ich glaube deshalb, dass ich alles tun muss, was ich kann, um diese Grausamkeit zu beenden.

Das Interview führte Katja Maurer.



Gegen die Alternativlosigkeit

VISIONEN EINER ANDEREN GLOBALITÄT

SYMPOSIUM
27.09.2024

Das Symposium zum 20jährigen Jubiläum der medico-Stiftung mit Ulrich Brand, Kathrin Hartmann, Anne Jung, Uta Ruppert, Jan van Aken, Julia Manek, Manuela Bojadžijev, Shalini Randeria, Eva von Redecker, Ilija Trojanow und Thomas Gebauer

Krisen sind zu einer permanenten Bedrohung gewohnter Lebensstile, wenn nicht des Lebens überhaupt geworden. Apathie und Existenzängste sind die Konsequenzen. Unter solchen Umständen haben es rechtspopulistische Parteien leicht. Ihre Wahlerfolge verweisen auf ein diffuses „Unbehagen in der Globalisierung“, das sich mit der Rückkehr konkurrierender Machtblöcke in die Angst vor dem steigert, was nach der Globalisierung kommen könnte. Trotz der dystopisch anmutenden Lage gibt es Annäherungen an eine andere Globalität. Eine, in der sich nicht alles um partikuläre Vorteilsnahmen dreht, sondern um sozialen Ausgleich und die Ermöglichung von Diversität in translokalen Lebenswelten.

Wann: 27. September 2024, 11:00-17:00 Uhr

Wo: medico-Haus, Lindleystr. 15, 60314 Frankfurt am Main

Teilnahmegebühr: 30,- Euro/ermäßigt: 15,- Euro [inkl. Mittagessen]

Anmeldung und weitere Infos: www.stiftung-medico.de/symposium

Kontakt: info@stiftung-medico.de, Tel. 069/94428-0



medico aktiv

Solardarity

Licht an für Rojava

Seit den türkischen Angriffen auf die zivile Infrastruktur in Nordostsyrien ist die Stromversorgung stark beeinträchtigt. Täglich fällt mehrere Stunden der Strom aus. Auch Wasserpumpen sind nicht mehr in Betrieb, die Versorgung der Krankenhäuser ist eingeschränkt und ohne Strom gibt es kein Licht in Flüchtlingslagern. Der Alltag ist extrem beschwerlich geworden und nicht wenige denken darüber nach, die Region zu verlassen. Aber was wäre Rojava ohne den unermüdlichen Willen, nicht aufzugeben und sich den Zermürbungsplänen der Türkei zu widersetzen? Die Berliner Kampagne Solardarity will dazu beitragen, dass mit Hilfe von Solarpanels im Wortsinn neue, ökologische Energie gewonnen werden kann. Gegen Sonnenlicht kommt keine türkische Drohne an. Wasserpumpen, Schulen oder Kindergärten – sie alle können mit Solarenergie wieder in Betrieb genommen werden. Wenn es klappt, wie geplant, kümmern sich die medico-Partner:innen vor Ort um die Realisierung. Hierfür braucht es Spenden, denn die Ressourcen vor Ort sind begrenzt. Die Initiative Solardarity ruft auf, für die Solarenergie zu spenden und die Idee Wirklichkeit werden zu lassen. medico unterstützt die Berliner Kampagne.

Foto: Heyva Sor



Mit Solarpanels wird im Erdbebengebiet in Nordostsyrien nun die Stromversorgung sichergestellt – viele Leitungen und Verteilerwerke wurden zerstört.

www.solardarity-rojava.org

Hinter verschlossenen Türen

Bericht: Outsourcing Borders

Europa delegiert seinen Grenzschutz immer weiter an vorgelagerte Staaten. In der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wird die Grenzauslagerung der EU vorangetrieben. Das Werden und Wirken dieser Externalisierungspläne hat der von medico finanzierte Bericht „Outsourcing Borders – Monitoring EU Externalisation Policy“ genauer unter die Lupe genommen. Tatsächlich tagen wichtige EU-Arbeitsgruppen im Geheimen, Sitzungsprotokolle werden nicht öffentlich gemacht, Dokumente, die als Diskussionsgrundlage dienen, der Öffentlichkeit monate-, wenn nicht jahrelang vorenthalten. Auch Verhandlungen mit als sicher definierten „Drittstaaten“ finden hinter verschlossenen Türen statt. Eine kritische Begleitung ist umso wichtiger, weil nur so in Zukunft politisch interveniert werden kann. Daher veröffentlichten die Organisation Statewatch sowie das transnationale Netzwerk Migration-Control alle zwei Wochen einen Bericht, in dem die wichtigsten Dokumente und Protokolle relevanter EU-Arbeitsgruppen zusammengestellt und analysiert werden. Hier können sie nachgelesen werden: medico.de/outsourcing-borders.

www.medico.de/outsourcing-borders



15 Jahre Frieden?

Sri Lanka erinnert

Das Ende des Bürgerkrieges in Sri Lanka jährte sich am 18. Mai 2024 zum 15. Mal. In der letzten Phase des Krieges wurden innerhalb weniger Monate Hunderttausende Tamil:innen vertrieben und dann auf einem Strandstreifen bei Mullivaikal im Nordosten der Insel aus der Luft, vom Boden und vom Wasser bombardiert, selbst in explizit deklarierten „no fire zones“. Zwischen 40.000 und 70.000 Menschen starben binnen weniger Wochen. Bis heute sind diese Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht vollständig aufgeklärt. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung von medico international, Sri Lanka Advocacy und dem ECCHR wird am 5. Juni in Berlin der aktuelle Bericht des UN-Hochkommissariats zu Sri Lanka vorgestellt. Er dokumentiert Misshandlungen, Folter, Vergewaltigungen, Verschwindenlassen und Tötungen. Der Bericht analysiert außerdem die ausbleibende Aufarbeitung und bisherige Straflosigkeit der Verbrechen. Die fortgesetzte Gewalt gegen die tamilische Minderheit kritisiert die langjährige medico-Partnerin, Frauen- und Menschenrechtsaktivistin Shreen Saroor bereits seit Jahren. Sie wird auf Veranstaltungen sprechen. Auch der neue medico-Podcast beschäftigt sich mit der Frage, warum es nach 15 Jahren für Tamil:innen noch keinen echten Frieden gibt.

www.medico.de/sri-lanka

Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: **medico** und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

Spende an „medico international“ – da, wo es am Nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

Spendenaktionen selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Spendenquittungen stellen wir ab 50 Euro automatisch aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: www.medico.de/spenden

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT: Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

www.medico.de/foemi

STIFTER:IN WERDEN: Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die **medico-Stiftung** ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von **medico**. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des **medico-Vereins**.

www.stiftung-medico.de

TESTAMENTSSPENDE: Sie können sowohl den Verein als auch die **Stiftung medico international** testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide **medico-Organisationen** sind gemeinsam anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



SPENDENKONTO MEDICO INTERNATIONAL DE69 4306 0967 1018 8350 02

MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

www.medico.de/spendenservice

FRAGEN & ANREGUNGEN:

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, info@medico.de

SPENDEN & KOMMUNIKATION:



Gudrun Kortas
Beratung zu Zustiftungen und
Testamentsspenden
Tel.: [069] 944 38-28
kortas@medico.de



Janne Reuver
Spender:innenkommunikation
Tel.: [069] 944 38-64
reuver@medico.de



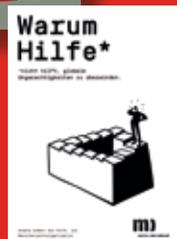
Dr. Anke Böttcher
Spendenverwaltung und
Geldauflagen
Tel.: [069] 944 38-42
spendenverwaltung@medico.de

BESTELLEN & VERBREITEN

rundschreiben



Jahresbericht



Infolyer

und vieles mehr...

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

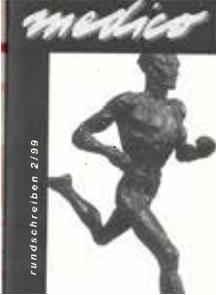
Auf unserer Webseite finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

www.medico.de/material



„NIE WIEDER AUSCHWITZ“

Blick zurück: das rundschreiben 2/1999



„Die Richtung des Appells hat sich verkehrt. Moral und Macht scheinen auf befremdliche Weise versöhnt. Im Gestus endloser Entrüstung werben Politiker für den Krieg. Wer nicht aus Mitgefühl zum Befürworter von Bombardierungen wird, wer bei aller Moral auf Vernunft und politische Lösung besteht, setzt sich umstandslos dem Verdacht aus, die furchtbaren Gräueltaten zu dulden.“ Diese Sätze könnten aus dem letzten rundschreiben stammen, geschrieben in Zeiten militärisch-geistiger Aufrüstung und der Staatsräson genannten Loyalität gegenüber einem Krieg. Tun sie aber nicht. Sie sind ein Vierteljahrhundert alt, abgedruckt im rundschreiben 2/1999 und verfasst im Angesicht von Ereignissen, die eine Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte darstellten.

Am Abend des 24. März begann die NATO unter Führung der USA die Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Völkerrechtlich fragwürdig und ohne UN-Mandat intervenierte der Westen mit Marschflugkörpern in den Kosovokrieg. Die Bundeswehr war vom ersten Tag an beteiligt. Das alles wurde verantwortet von der noch jungen ersten rot-grünen Bundesregierung, die für die Rechtfertigung ihres Einsatzes die deutsche Geschichte auf eine paradoxe Weise bemühte. „Nie wieder Auschwitz“: Mit diesen Worten warb Joschka Fischer – nach einem Farbbeutelwurf triefte das Ohr rot – auf einem Parteitag der Grünen für Zustimmung zum ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr überhaupt. Zu derlei „geschichtsbewusster“ Aufladung der Politik hieß es damals im rundschreiben: „Alle sollen und müssen wieder auf der moralisch ‚richtigen Seite‘ stehen. Besonders die Deutschen.“

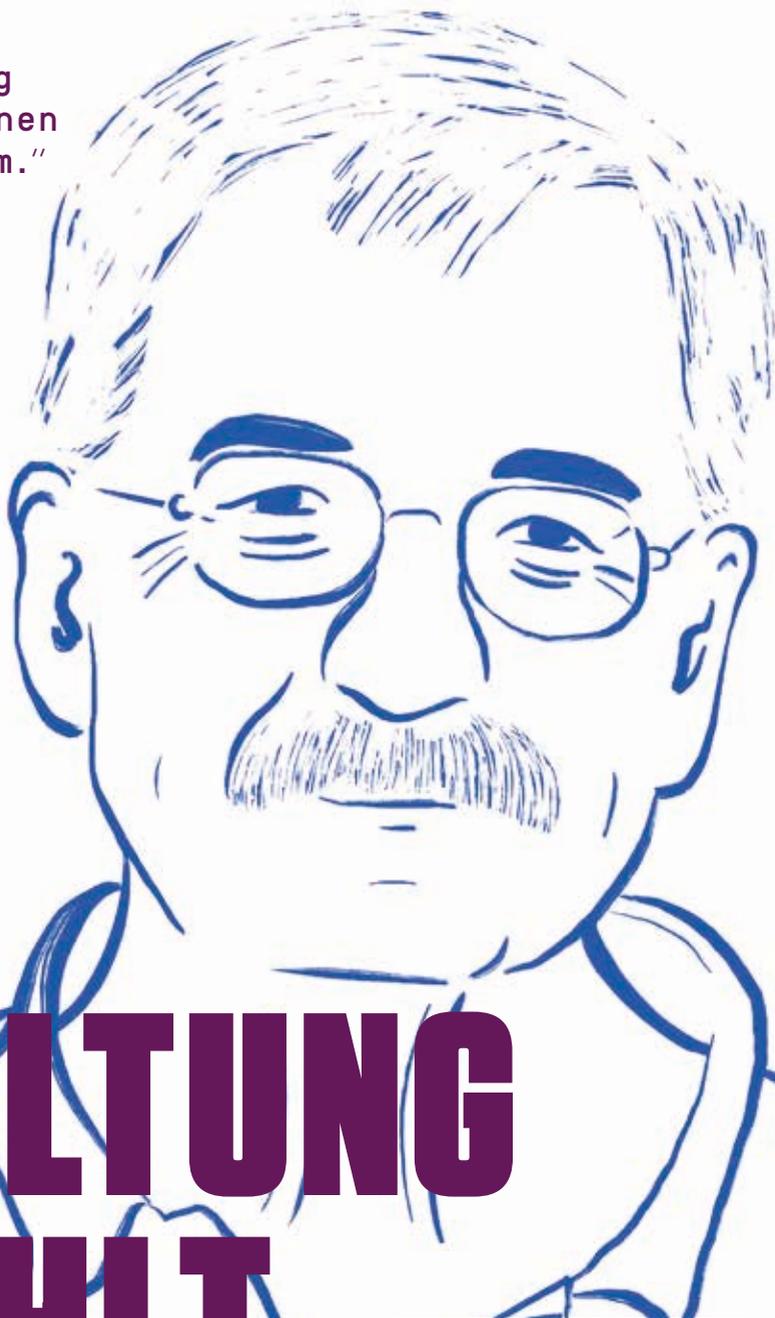
Auch Nahost war Thema, genauer: die damals schon elende Lage und Perspektivlosigkeit palästinensischer Flüchtlingscommunities im Libanon, Syrien, Jordanien und Gaza, „der Rest am Golf oder in Kreuzberg“. Der Artikel endete mit Verweis auf Hannah Arendt, die schon früh für einen gemeinsamen Staat der Juden und Araber und Beduinen in Palästina votiert habe: „Ohne Diskriminierung. Mit vollen Rechten und Gleichbehandlung für alle Bürger. Nach Wunsch bei doppelter Staatsbürgerschaft in *einem* Land.“



Das rundschreiben erscheint seit 1982. Die vergangenen 25 Jahre lassen sich digital nachlesen: www.medico.de/rundschreiben-archiv

„Veränderung
braucht einen
langen Atem.“

Thomas Gebauer,
Initiator der
medico-Stiftung



HALTUNG ZÄHLT.

JETZT STIFTER:IN WERDEN!

20 Jahre



stiftung

medico international

„Das deutsch-namibische Abkommen entschuldigt den Massenmord, erneuert den kolonialen Rassismus und schmückt sich mit Entwicklungshilfe als wohltätiger Geste der Wiedergutmachung. Von Versöhnung keine Spur.“

Sima Luipert

IN VERBINDUNG BLEIBEN!

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „Global Trouble“ heißt unser Podcast und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

www.medico.de/verbinden

